



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Parteien in Russland: erfüllen Sie ihre Funktion im
politischem System?

Verfasserin

Bojana Ninkovic

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, im September 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
1.1. Interesse an dem Thema.....	5
1.2. Forschungsfragen.....	5
1.3. Arbeitshypothesen.....	6
1.4. Methodik.....	7
1.5. Forschungsstand.....	7
2. Funktionen und Typologie der politischen Parteien.....	10
2.1. Aufgaben der politischen Parteien in demokratischen Systemen-Allgemein.....	11
2.2. Allgemeine Parteientypologie.....	13
2.3. Interessenvertretung und Programmformulierung.....	15
2.4. Wählermobilisierung.....	15
2.5. Politische Eliten.....	16
2.6. Regierungsbildung.....	16
2.7. Politische Parteien in Osteuropa.....	17
2.8. Typologie der politische Parteien in Osteuropa.....	18
3. Parteiensystem in Russland.....	20
3.1. Wahlverhältnisse und Parteiensystem.....	23
3.2. Umfragen und Parteiensystem.....	26
4. Politische Veränderungen während dreier Präsidentschaften.....	29
4.1. Veränderungen in Gorbatschows Ära.....	29
4.1.1. Pluralisierung des Parteiensystems.....	30
4.1.2. Ökonomische Veränderungen.....	31
4.1.3. Kalter Krieg.....	33
4.1.4. Zerfall der Sowjetunion.....	34
4.2. Veränderungen der Jelzin Ära.....	35
4.2.1. Ökonomische Veränderungen.....	35
4.2.2. Politische Veränderungen.....	38
4.3. Veränderungen der Ära Putin.....	41
4.3.1. „Partei der Macht“ und Aufstieg Wladimir Putins.....	42
4.3.2. Vertikale der Macht.....	46
4.3.3. Staatsduma und Vertikale der Macht.....	49
4.3.4. Partei der Macht und Vertikale der Macht.....	50
4.3.5. Wahlgesetz- und Parteiengesetzänderung.....	53

4.3.5.1. Parteiengesetzänderung.....	53
4.3.5.2. Wahlgesetzänderung.....	54
5. Aktuell wichtige Parteien.....	58
6. Funktionsfähigkeit der russischen Parteien.....	65
6.1. Dumawahlen 2003.....	66
6.2. Dumawahlen 2007.....	68
6.3. Opposition in Russland.....	71
6.4. Russland nach Präsident Putin.....	75
7. Resümee.....	77
8. Literatur.....	80

1. Einleitung

Seminal works call democracy without political parties „unimaginable“ (Max Weber), „unthinkable“ (E.E. Schattschneider), „unworkable“ (John Aldrich).¹

Ausgehend von diesem Punkt möchte ich gerne, in Rahmen meiner Diplomarbeit, die politischen Parteien in Russland untersuchen, einem jungen politischen System, das nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden ist und sich anfangs nach dem Vorbild der westlichen Demokratien zu entwickeln schien.

Einer der Hauptforschungsfragen dieser Arbeit ist: wie real sind die politischen Parteien in Russland? Diese Frage wird sich in Rahmen meiner Diplomarbeit hauptsächlich auf die Funktionsfähigkeit der russischen politischen Parteien beziehen, um somit untersuchen zu können, welche Funktion die politischen Parteien innerhalb des russischen politischen Systems haben und wie diese sich zu den Funktionen verhält, die Parteien in anderen (demokratischen) Systemen haben.

Um zu Ergebnissen zu kommen, müssen die wichtigsten Begriffe in Bezug auf das politische System Russlands erklärt werden, die historischen Entwicklungen des Staates wie auch des politischen Systems betrachtet und kulturelle Besonderheiten Russlands mit einbezogen werden.

Der Fokus dieser Diplomarbeit liegt auf den Parteien selbst, wobei ich im Rahmen meiner Forschung auch eine Analyse der Besonderheiten in der Entwicklung des Parteiensystems nach dem Untergang der kommunistischen Regime und dem Zerfall der Sowjetunion vornehmen möchte. Da die Parteien in westlichen Demokratien unterschiedliche Ausgangs- und Entwicklungspositionen, im Vergleich zu Parteien in osteuropäischen und postkommunistischen Staaten, gehabt haben, sehen die Entwicklungen und Prognosen für osteuropäische Parteiensysteme wesentlich anders aus. Viele Faktoren, die im Rahmen der Entwicklung der osteuropäischen Parteiensysteme vorgekommen sind, führten zu Besonderheiten, die nur für diese Systeme charakteristisch sind. Ob das die

¹ Vgl. Aldrich (1995), Schattschneider (1970), Weber (1990). In: Hale (2006), S.1

Ursache der Schwäche dieser Systeme ist, wird sich in Rahmen meiner Forschung genauer zeigen.

1.1. Interesse an dem Thema

Das Interesse an diesem Thema entstand in Rahmen der zwei Seminare innerhalb des Schwerpunktes „Osteuropastudien“ die ich besucht habe.

Eines der Seminare behandelte das Thema der Krise in den neuen Demokratien, wo die Besonderheiten und Folgen der Transformationsprozesse in osteuropäischen Staaten thematisiert wurden. Die Bildung der demokratischen Institutionen wie auch das Vertrauen der Bevölkerung in diese Institutionen in osteuropäischen Staaten deuten auf große Unterschiede zwischen östlichen und westlichen Demokratien. Die Bevölkerung musste sich mit zahlreichen Reformen abfinden, was unterschiedliche Reaktionen auf die neue Politik verursachte und auch unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten für die osteuropäischen Staaten mit sich brachte.

Das zweite Seminar behandelte das Thema der politischen Entwicklungen in Russland, wo die Besonderheiten der Entwicklung des russischen politischen Systems und seiner Parteien im Mittelpunkt der Betrachtung standen.

Da sich beide diese Themen als besonders spannend und interessant erwiesen haben, habe ich entschieden im Rahmen meiner Diplomarbeit das Parteiensystem Russland in Hinsicht auf beide Fragen zu erforschen und zu analysieren.

1.2. Forschungsfragen

Meine Untersuchung leitet sich aus den folgenden drei Forschungsfragen ab:

1. Was sind die Ursachen für den Mangel an Funktionsfähigkeit der russischen Parteien, besonders seit dem Amtseintritt von Präsident Putin?

2. Sind russische politische Parteien real in dem Sinne, dass sie die ihnen im politischen System zugewiesenen Funktionen erfüllen können?
3. Haben die oppositionellen Parteien in Russland überhaupt eine Möglichkeit ihre politischen Ziele durchzusetzen?

In der wissenschaftlichen Literatur herrscht die Meinung vor, dass russische politische Parteien die Hauptfunktionen, die die westliche Parteien aufweisen, nicht realisieren können und deswegen auch nicht fähig sind, den Willen der Bevölkerung widerzuspiegeln.

Die Ursachen dafür lassen sich auf vielen Ebenen des russischen politischen Systems finden, wobei das Hauptaugenmerk auf die weitreichende Macht des russischen Präsidenten gerichtet ist.

1.3. Arbeitshypothesen

In Bezug auf meine Fragestellung habe ich folgende Arbeitshypothesen aufgestellt:

1. Die zahlreiche Reformen, die in der Präsidentschaftszeit des Vladimir Putin stattgefunden haben, sind verantwortlich für die Aufstellung der Vertikale der Macht. Das Ziel hierbei war die erneute Zentralisierung der Macht und Schwächung derjenigen politischen Parteien, welche sich als potenzielle Gegner erweisen konnten.
2. Die politischen Parteien in Russland können nicht als reale politische Parteien bezeichnet werden, da die Vielzahl an Parteien, die als Projekte der Regierung geschaffen worden sind, auf eine Schwäche der Demokratie hindeuten. Die kleine Gruppe von Parteien, die nicht als Projekte der Regierung gelten können, ist andererseits nicht imstande ihre politischen Ziele durchzusetzen.
3. Durch die errichtete Vertikale der Macht und die damit verbundene Entmachtung der politischen Parteien ist in Russland die Möglichkeit einer gewichtigen Opposition generell auszuschließen.

1.4. Methodik

Um die Funktion der politischen Parteien erforschen zu können, müssen ihre Funktionen in den Bereichen Parlament, Wahlen und Regierung untersucht werden.

Die in der Präsidentschaftsära Putins durchgeführten Veränderungen werden genauer analysiert, da diese einen besonderen Einfluss auf die weiteren Entwicklungen des Parteiensystems in Russland hatten.

Grafiken und Berichte der Meinungsforschungsinstitute werden im Rahmen meiner Analyse als Spiegel des Willens der Bevölkerung dienen.

Besonders geachtet wird jedoch auf die Funktionsfähigkeit der politischen Parteien innerhalb des politischen Systems als auch auf den Einfluss der Parteien auf die russische Politik.

1.5. Forschungsstand

Hier sollte gezeigt werden welche wissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Thema bereits vorgelegt wurden und wie relevant dieses Thema in den vergangenen Jahren für die Wissenschaftler war.

Ein Grundwissen über das politische System Russlands erhält man aus dem Buch „Politische Systeme Osteuropas“ von Wolfgang Ismayr (2010). Das Buch wurde vor einem Jahr aktualisiert und enthält die wichtigsten Informationen über das politische System Russlands. Die Verfasserin des Beitrages über Russland ist Margarete Mommsen, die auch selbst Bücher zu diesem Thema veröffentlicht hat. Als ihre bekanntesten Werke gelten die Bücher „Gorbatschows Revolution von oben. Dynamik und Widerstände im Reformprozess der UdSSR“ (1987), „Wohin treibt Russland? Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie“ (1996), „Das System Putin“ (2007) und „Wer herrscht in Russland? Der Kreml und die Schatten

der Macht“ (2003), wo die großen Ereignisse der russischen Politik während der letzten zwanzig Jahre thematisiert werden.

Um die historische Entwicklung der Politik und politischen Kultur in Russland nachvollziehen zu können, eignet sich das Buch „Politische Theorien in Russland 1789-1945“ von Klaus von Beyme (2001), das einen guten Überblick über die Entstehung der politischen Theorien, die die russische Politik geprägt haben, gibt und somit hilft, die heutigen Denkweisen besser verstehen zu können.

Eines der allgemeinen Werke über den politische Parteien in westlichen Demokratien, ihre Konsolidierung, Wahlrecht und Wahlsysteme, Parteienorganisationen und Interaktionsformen zwischen Parteien ist das Buch von Thomas Saalfeld „Parteien und Wahlen“ (2007). Das Buch bietet gute Vergleichsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Bereichen der Organisation der Parteienpolitik und Entwicklungen in Osten und Westen.

Das Werk von Andreas Busch und Wolfgang Merkel „Demokratie in Ost und West“ (1999) dient als gute Vorlage um die Veränderungen in östlichen Staaten besser zu verstehen. Die Erklärung des Politischen in der Antike, die Entwicklung der demokratischen Theorien wie auch verschiedene demokratische Diskurse werden in dem Buch bearbeitet. Weiter wurden durch Länderbeispiele gezeigt, wie sich Demokratie im Westen und im Osten entwickelt hat, und wie verschieden die politischen Systeme des Westens und Ostens sind. In dem Kapitel über die politische Kultur in Ostmitteleuropa zeigt sich erst, wie groß das Erbe des Sozialismus und Kommunismus eigentlich ist und wie dieses Erbe die politischen Entscheidungen von heute beeinflussen kann. Die strukturellen Probleme der neuen Demokratien werden durch die Entstehung defekter Demokratien bildhaft gemacht und die Rolle der politischen Akteure durch die Rolle der Eliten und Parteien in demokratischen Systemen beschrieben.

Spezifisch auf die osteuropäische Entwicklung spezialisierte Werke sind die Bücher von Klaus von Beyme (1994), Segert/Machos (1995) und Klingelmann (1994), die sich hauptsächlich mit den Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern nach

dem Untergang der kommunistischen Regime beschäftigen. Dem Umfeld für die Entstehung der neuen Parteien wie auch den für Osteuropa spezifischen Parteitypen, die hauptsächlich durch die Existenz der reformierten kommunistischen Parteien gekennzeichnet sind, wurde in diesen Werken besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Funktionen der politischen Parteien sind am besten in den Werken von Sartori (1976), Max Weber (1972) und Maurice Duverger (1954) die alle als Klassiker der Parteienliteratur bezeichnet werden können, dargestellt, wobei sich die Autoren auf verschiedene Aspekte der Parteifunktionen konzentrieren.

Da die Eliten in den neuen osteuropäischen Staaten meistens immer noch eine große Rolle spielen, beschäftigt sich Atilla Agh (1996) mit diesem Thema im ganzen Raum Osteuropas und analysiert länderspezifisch die Rolle der politischen Eliten.

Zahlreiche Werke erklären die Veränderungen im russischen politischen System während der Amtsperioden der drei, für meine Arbeit besonders wichtigen Präsidenten: Gorbatschow, Jelzin und Putin. Archie Brown und Lilia Shevtsova (2001) beschäftigen sich mit Präsidentschaftsstrategien aller drei Präsidenten, Margareta Mommsen (2007) fokussiert sich besonders auf die Präsidentschaft Vladimir Putins und Entstehung der Vertikale der Macht, Kagarlitsky (2002) beschäftigt sich mit Transformationen während Jelzin und Putin, und Breslauer (2002) analysiert Gorbatschow und Jelzin als politische Führer.

Das Werk, das auf meine Forschungsfrage am meisten eingeht, ist das Buch von Henry E. Hale (2006). Das Buch thematisiert die schweren Bedingungen der Machtgewinnung und Machterhaltung der russischen politischen Parteien. Durch eine detaillierte Analyse der russischen Wahlmärkte und der Bedeutung der politischen Parteien bei der Erschaffung der neuen politischen Institutionen nach 1989, zeigen die ersten Ursachen der schwachen Rolle der politischen Parteien im russischen System auf. Die Rolle der politischen Kultur wie auch des russischen Parlaments bildeten, nach Hale, eine gute Grundlage für die Bildung einer gelenkten Demokratie mit starker Rolle der „Partei der Macht“.

Über die aktuelle Politik und Ereignisse in Russland berichten die Journale Russland- Analyse und Russian Analytical Digest, die auch einen Zugang zu aktuellen Debatten der renommierten Wissenschaftler im Bereich der russischen Politik ermöglichen.

2. Funktionen und Typologie der politischen Parteien

In manchen osteuropäischen Ländern gibt es „eigentlich noch gar keine „richtigen“ politischen Parteien.“² Mit dieser Aussage sind sich viele Wissenschaftler bezüglich mancher osteuropäischer Länder auch heute noch einig, wenn es um die neuen Demokratien in ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropa geht.

Da eine meiner Forschungsfragen sich genau mit diesem Thema beschäftigt, ist es sinnvoll eine allgemeine Definition der Parteien, die sich zuerst mal nicht auf die Funktionen der Parteien bezieht, zu finden. Nach Nohlen/Schultze/ Schüttermeyer ist unter einer Partei *„im allgemeinsten Begriffsverständnis eine Gruppe gleichgesinnter Bürger, die sich die Durchsetzung gemeinsamer polit(ischer) Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben“*³ zu verstehen.

Da auch diese Definition einer politischen Partei nicht ganz auf die Rolle der Funktion der Parteien verzichtet, kann mit Sicherheit behauptet werden, dass sich die meisten Definitionen auf die Funktionen der Parteien konzentrieren, wenn es darauf ankommt, eine politische Partei vollständig zu definieren. Schattschneider definiert die politischen Parteien deshalb als folgend: *„What is a party? A party may be defined in terms of its purpose and in terms of the methods used to attain its purpose. A political party is first of all an organized attempt to get power. Power is here defined as control of the government. That is the objective of the party organization.“*⁴

² Klingemann (1994), S.14

³ Nohlen/Schultze/Schüttermeyer (1998), S. 455

⁴ Schattschneider (1942), S. 35

Dass politische Parteien hauptsächlich an die Machtgewinnung und Machterhaltung orientiert sind, ist seit langer Zeit bekannt. Was aber für die russischen Parteien spezifisch ist, sind die zahlreichen von der Regierung geschaffenen Projekte, in Form von politischen Parteien, die stark darauf konzentriert sind, um jeden Preis die Machterhaltung der Regierung zu sichern.

Da jede Art von Dysfunktion der politischen Parteien das politische System zusätzlich belastet, wird es sichtbar, wenn man die Funktionen der politischen Parteien in Osteuropa mit diesen in westlichen Demokratien vergleicht. Die zusätzlichen Herausforderungen an die Staaten Osteuropas sind ohnehin ein Thema für die Wissenschaftler, so dass auch diese in Betrachtung genommen werden müssen.

2.1. Aufgaben der politischen Parteien in demokratischen Systemen- allgemein

Max Weber sagt, dass politische *Parteien* „...auf (formal) freier Werbung beruhende Vergesellschaftungen mit dem Zweck, ihren Leiter innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (der Durchsetzung von sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden“⁵ sind. Aus dieser Definition ist auch sichtbar, dass politische Parteien eine Möglichkeit repräsentieren um Macht und Chancen für die aktive Teilnehmer zu beschaffen.

Was bei zahlreichen Definitionen der politischen Parteien fehlt, ist die Tatsache, dass in demokratischen Regimen politische Parteien erstmals den Willen des Volkes widerspiegeln sollen. Kumar definiert die Hauptaufgaben innerhalb der demokratischen Systeme wie folgt: „*representing the people and expressing their demands; reconciling diverse needs and aspirations that exist within society and translating them into manageable programs; structuring electoral choice; and forming a government or holding governments accountable. Finally, political parties*

⁵ Weber (1972), S. 167

*help to educate and socialize people into political processes. By performing this wide variety of functions, political parties find themselves at the heart of democracies.*⁶

Wie hier sichtbar, Definitionen die versuchen politischen Parteien zu erfassen sind zahlreich und meistens auf verschiedene Funktionsaspekte der politischen Parteien konzentriert.

Während sich Max Weber hauptsächlich auf Machterwerb und Wahlmobilisierung in seinen Definitionen konzentriert⁷, identifizieren Bartolini/ Mair Politikformulierung, Organisation von Parlament und Regierung, Integration und Mobilisierung der Bürger als wichtigsten Aufgaben, deren Erfüllung eine politische Partei definiert.⁸

Nach Klingemann sind die politischen Parteien: *„die zentrale Akteure, die zwischen dem Publikumssystem auf der einen Seite und dem Regierungssystem auf der anderen Seite vermitteln.“*⁹

Was Lawson aber an Parteien besonders wichtig findet ist ihr *„emphasis on linkage“*.¹⁰ Dies-bezüglich: *„parties are seen, both by their members and by others, as agencies for forging links between citizens and policy-makers.“*¹¹

Womit die meisten der neuen Demokratien jedoch ein großes Problem haben, ist die Legitimation des neuen demokratischen Systems, das durch die politischen Parteien erfolgen soll.

Kulik sagt: *„parties and „free and fair“ elections are widely believed to be the foremost institutions that set into motion parliamentary democracy by transforming societal conflicts into political division.“*¹²

Genau die Legitimation des neuen demokratischen Systems stellt in Russland ein großes Problem dar. Während der Begriff *„overmanaged democracy“*¹³ in Bezug auf

⁶ Kumar (2004), S. ix

⁷ Vgl. Weber (1966), S. 50f

⁸ Vgl. Bartolini/Mair (2001), S. 331

⁹ Klingemann (1994), S. 14

¹⁰ Lawson (1980), S. 3

¹¹ Lawson (1980), S. 3

¹² Kulik (2005), S. 1f

Russland oft vorkommt, fragen sich viele Wissenschaftler, ob Russland überhaupt als eine Art Demokratie gesehen werden kann, da die politischen Parteien ihre Funktionen nicht erfüllen können.

2.2. Allgemeine Parteientypologie

Die Einteilung der politischen Parteien kann auf verschiedenen Gründen basiert sein. Die Parteien können nach von ihnen verfolgten Zielen, nach ihrer Geschichte der Entstehung oder aber nach funktionellen Kriterien in verschiedenen Gruppen eingeteilt werden. Nach Weber erfolgt die Einteilung der Parteien nach einem zweigliedrigen Schema: entweder sind die Parteien als machtanstrebende Organisationen zu sehen, die als primäres Ziel die Gewinnung der Ämter haben oder aber als Organisationen, die sich bemühen ihre politischen Ideale so erfolgreich wie möglich durchzusetzen.¹⁴

Wenn es um die Entstehung der Parteien geht, lassen sie sich in drei verschiedene Gruppen einteilen¹⁵:

1. Historische Parteien:

Diese Parteien entstehen als Folge eines Niedergangs der alten Regime und sind mit der Entstehung der neuen Regime „geboren“.

2. Institutionelle Parteien:

Diese Parteien entwickeln sich durch günstige Rahmenbedingungen des jeweiligen Wahlsystems

3. Modernisierte Parteien

Diese Parteien entwickeln sich als positive Antwort auf die neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen

¹³ Vgl. Petrov/Lipman/Hale (2010): S. 3

¹⁴ Vgl. Weber (1966), S. 51

¹⁵ Vgl. Beyme (1984), S. 27

Nach Gunther/Diamond lassen sich die politischen Parteien in fünf große Gruppen einteilen, die alle durch ihre Eigenschaften nicht miteinander zu verwechseln sind¹⁶:

- Wahlparteien:

Das Ziel dieser Parteien ist primär die meisten Stimmen bei der Wahl zu gewinnen. Sie handeln verschieden und betonen immer die aktuellsten Aspekte, die für eine positive Wahlentscheidung sorgen könnten.

- Massenparteien

Ziel dieser Parteien ist, mit der Betonung ihrer Ideologien die breiten Massen für sich gewinnen zu können. Zu dieser Art Parteien zählen meistens nationalistische und religiöse Parteien.

- Elitenparteien

Elitenparteien sind meistens auf die obersten Schichten der Gesellschaft konzentriert. Die Parteien vertreten strikte Interessen, die die Mächtigen in jeweiligen Ländern meistens an der Spitze erhalten wollen.

- Ethnische Parteien

Vertreten meistens die Interessen der Minderheiten in jeweiligen Ländern.

- Bewegungen

Dazu zählen entweder stark links oder stark rechts positionierte politische Parteien, die ihre Wahlstimmen meistens durch die Bereitschaft zu Protesten gewinnen.

Da die meisten russischen Parteien gleich in mehrere oben genannten Gruppen eingeordnet werden können, finde ich diese Einteilung nur als grob nützlich, um zu sehen welche Charakteristiken der Parteien am meisten herausstechen.

¹⁶ Vgl. Gunther/Diamond (2001), S. 9-30

2.3. Interessenvertretung und Programmformulierung

Wenn es um die Interessenvertretung der Parteien geht, sollten politische Parteien im Stande sein, die Interessen der Gesellschaft und Wähler innerhalb der Regierung umzusetzen. Nach Weber sind politische Parteien: *„die weitaus wichtigsten Träger alles politischen Wollens der von der Bürokratie Beherrschten...“*¹⁷ und somit auch für die Willensbildung innerhalb der Gesellschaft verantwortlich.

Da in den neuen Demokratien diese Aufgabe den Parteien besonders schwer fehlt, weil die Staaten noch sehr jung sind und die Gesellschaft ihre Interessen noch nicht klar zu formulieren weiß, ist die Aufgabe einer Programmformulierung in jungen Demokratien besonders schwer.

In Russland, wo Veränderungen des Wahlgesetzes und Parteiengesetzes im Jahr 2007 schnell beschlossen worden sind, zeigt, dass die Parteien keine Zeit gehabt haben sich zu adaptieren um auf die Bedürfnisse der Bevölkerung antworten zu können.

2.4. Wählermobilisierung

Um die Wähler mobilisieren zu können, brauchen die Parteien Zeit und Vorbereitung. Da sich die Wähler meistens durch ein gutes Parteienprogramm oder durch charismatische Persönlichkeiten, die eine Art Vertrauen ausstrahlen, mobilisieren lassen, sind die Zahlen der Mitglieder wie auch die Statistiken der Wahlbeteiligung die aussagekräftige Kriterien um den Erfolg einer Partei zu messen.

Das Problem in neuen Demokratien, wenn man diese Zahlen betrachtet, erweist sich als zweifaches. Erstens sind die Mitgliederzahlen der Parteien, im Vergleich zu diesen in alten Regimen, stark gesunken und zweitens ist die Wahlbeteiligung immer niedriger geworden.

¹⁷ Weber (1966), S. 50

Die Ursache dafür kann das niedrige Vertrauen in politische Parteien sein wie auch die Tatsache, dass sich die meisten neuen Parteien in der Gesellschaft noch nicht verwurzelt haben.

2.5. Politische Eliten

Das Phänomen der ständig wachsenden Rolle der politischen Eliten innerhalb der Staaten Osteuropas kann schon als einer der Hauptmerkmale aller diesen Staaten dienen. Besonders die neuen „Oligarchen“, die durch schnell gewonnenes Geld nach dem Zerfall der Sowjet Union reich geworden sind, spielen im politischen Raum eine immer bedeutendere Rolle. Der Erwerb der Macht durch die Finanzierung der politischen Parteien dient hauptsächlich um eigene Interessen zu vertreten und sich durch ein politisches Engagement Immunität zu verschaffen. Wie groß die Rolle der russischen „Oligarchen“ im politischen System ist, wird sich in meiner Analyse der politischen Parteien in Russland zeigen.

2.6. Regierungsbildung

„...parties provide a means to hold elected officials collectively responsible for the success or failure of their decisions in power.“¹⁸

Vertretung der bürgerlichen Interessen in der Regierung ist einer der wichtigsten Aufgaben der politischen Parteien. Da der häufige Regierungswechsel in den Staaten Osteuropas nicht selten ist, ist es umso schwerer für die Wähler die Verbundenheit zu einer Partei zu entwickeln und sich mit dieser zu identifizieren. Die Parteien verschwinden aus der politischen Szene so schnell, so dass die Wähler selbst kurz vor der Wahl nicht wissen, was im politischen Angebot steht.

Auch der Zahl der Parteien, die im Parlament vertreten sind, widerspiegelt die politische Situation des jeweiligen Landes gut. Dieser Zahl hat „...einen messbaren

¹⁸ Norris (2004), S. 4

Einfluss auf die Stabilität einer Regierung“, was auch bedeutet, dass *„fragmentierte Parteiensysteme nicht in der Lage, stabile Regierungen hervorzuheben“*¹⁹ sind. Wie breit das Spektrum der russischen Parteien ist, die im Parlament vertreten sind, wie auch die Ursachen dafür werde ich im Laufe meiner Analyse der Dumawahlen 2003 und 2007 vorstellen.

2.7. Politische Parteien in Osteuropa

Die Entwicklung der osteuropäischen Parteien, unterscheiden sich in vielen Aspekten von der Entwicklung der westeuropäischen Parteien. Die Ausgangsposition wie auch die Hürden, die die osteuropäischen Parteien zu überwinden hatten, sind im Falle der westeuropäischen Parteien nicht vorgekommen. Die wichtigsten Unterschiede sind nach Segert/Machos folgende: soziale Lage der Bevölkerung, Legitimität der Staates, Gestalt der Verbändesysteme und Art und Stabilität der gesellschaftlichen Spaltungslinien.²⁰ Die beiden Autoren meinen: *„osteuropäische Parteien haben andere Probleme zu bearbeiten als Parteien in westlichen demokratischen Systemen, und ihre Kapazität zur Problembearbeitung ist zudem im Vergleich zu ihren westlichen Partnern weniger ausgebildet. (...) Schwächen auf jenem Gebiet sind eher „abgeleitete“ Wirkungen von Ursachen, die außerhalb der Parteien im Raum des gesamten politischen Systems und dessen sozialer und kultureller Umwelt verwurzelt sind.“*²¹

Da die Parteien in neuen Systemen auch jung sind, haben sie oft die Rolle der *„...“Superakteure“* und übernehmen teilweise Funktionen, die in anderen Gesellschaften von Teilen des Staates oder der anderen Vermittlungsinstitutionen getragen werden. Damit stellt sich dann das Problem ihrer permanenten Überförderung.²²

¹⁹ Harfst (2001), S. iii

²⁰ Vgl. Segert/Machos (1995), S. 234ff

²¹ Segert/Machos (1995), S. 237f

²² Segert/Machos (1995), S. 238

Parteien sind mit vielen neuen Aufgaben überfordert und können sich nicht gleichzeitig auf alle neue Aufgaben konzentrieren. Parteien sind nicht im Stande die Bedürfnisse der Bevölkerung so schnell zu identifizieren, so dass die starke Bindung der Wählerschaft, die für die früheren Regime selbstverständlich war, fehlt. Die Wähler können sich mit neuen Parteien nicht identifizieren, so dass auch das Vertrauen in die Parteien und somit Mitglieder- und Wahlbeteiligungszahlen stark sinken.

Natürlich sind die politischen Parteien auch in Osteuropa unterschiedlich voneinander entwickelt. Manche Länder haben die besseren Wege gefunden und befinden sich sogar auf dem Weg zur Demokratie.

Wie Ziemer meint *„am ehesten erfüllen Parteien ihre Aufgaben in Ostmitteleuropa, während der schwierige Aufbau von Parteiensystemen in Russland und der Ukraine (...) zum Teil die hier besonders gravierenden sozioökonomischen Probleme der Systemtransformation reflektiert, zum Teil aber auch auf mangelnde politische Reife der betreffenden Gesellschaften und auf institutionelle Faktoren (semipräsidentielles System sowie Wahlgesetzgebung) zurückzuführen ist.“*²³

2.8. Typologie der politischen Parteien in Osteuropa

Um die Frage der Entwicklung der politischen Parteien in Osteuropa nach kommunistischem Untergang besser verstehen zu können, schlagen Ziemer und Klingemann eine generelle Typologie der politischen Parteien vor, die spezifisch für die Staaten Osteuropas ist. Die Parteientypen die nun vorgestellt werden, sind als ein grobes Muster, das die neuen politischen Tendenzen der Bevölkerung widerspiegelt, zu betrachten.

Die Entwicklung der politischen Parteien erfolgte natürlich länderspezifisch und unterschiedlich, aber die Tendenz der Entwicklung der Parteien lässt sich generell mit den Typologien von Ziemer und Klingemann sehr gut erfassen.

²³ Ziemer (1997), S. 448

Ziemer und Klingemann schlagen zwei Arten der Einteilung vor, die sich natürlich auf verschiedene Aspekte der Parteien konzentrieren. Ziemer identifiziert drei Arten der Parteien in Osteuropa nach dem Zerfall des Kommunismus²⁴:

- Nostalgieparteien:

Diese Parteien sind nach 1989 gegründet und ihre Programme sind stark an die Programme der alten kommunistischen Parteien gebunden

- Nachfolgeparteien

Die Parteien sind als Nachfolger der Kommunistischen Partei zu sehen, obwohl sich ihre Programme der Zeit angepasst haben, bilden die kommunistischen Ideen weiter die Grundlage der Partei.

- Oppositionsparteien

Zu diesen zählen alle Parteien, die sich Ideologisch gegen kommunistische Parteien richten.

Klingemann nimmt eine Einteilung nach kulturellen Kriterien und nach Ideologischer Richtung der Parteien vor²⁵:

- Sozio-kulturelle Parteien

Zu diesen Parteien zählen: nationale, nationalistische ethnische und Bauernparteien.

- Reformierte Kommunistische Parteien
- Neue Programmparteien

Diese Parteien sind: liberale, ökologische, sozialdemokratische und konservative Parteien.

²⁴ Vgl. Ziemer (2000), S. 77

²⁵ Klingemann (1994), S. 27

3. Parteiensystem in Russland

Politische Parteien in Russland hatten eine spezifische Entwicklung im Vergleich zu anderen post-kommunistischen Staaten nach 1989. Buhbe/Denisow meinen, dass das russische Parteiensystem an meisten an das sogenannte „mexikanische Modell“ erinnert.²⁶ Die beiden Autoren haben ein System mit fünf verschiedenen Modellen entwickelt, das in Bezug auf die russische Parteilandschaft auch für die Zukunft in Frage kommen konnte.

Da diese Modelle nicht hundertprozentig die reale Situation der Parteiensysteme widerspiegeln können, stellte er das russische Parteiensystem während der Amtsperioden von Gorbatschow, Jelzin und Putin als eine Mischung der verschiedenen Elemente mancher diese fünf Modelle dar.

Es kann gesagt werden, dass die Weiterentwicklung der russischen Parteien heute in starkem Maße einerseits von der Regierung und andererseits von Strategien der Parteien abhängig ist.

In diesem Moment gibt es eigentlich fünf Modelle, die man sich im Bezug auf die Weiterentwicklung der russischen politischen Parteien vorstellen konnte: indonesisches Modell, ostdeutsches Modell, mexikanisches Modell, italienisches Modell und Parteienmodell einer klassischen Demokratie.²⁷

- Indonesisches Modell

Hier verfügt die „Partei der Macht über eine absolute Mehrheit im Parlament und die anderen Parteien sind als politische Partner dieser zu sehen. Die Macht liegt hierbei beim Präsidenten, der die Parteien kontrolliert und als Mittel der Machterhaltung nutzt. Diesem Modell entspricht am meisten die Ära der Präsidentschaft des Vladimir Putin nach der Erstellung seiner Vertikale der Macht.

- Ostdeutsches Modell

²⁶ Vgl. Buhbe/Denisow (2005), S. 2

²⁷ Vgl. Buhbe/Denisow (2005), S. 2-3

Auch bei diesem Modell spielt eine „Partei der Macht“ die Hauptrolle in der politischen Szene. Die anderen Parteien dienen nur als Dekoration, da sie sich gegen der Partei der Macht nicht durchsetzen können.

- Mexikanisches Modell

Hierbei hat die „Partei der Macht“ eine absolute Mehrheit. Die anderen Parteien dienen als Satellitenparteien, sind in ihren Strukturen aber auch von der „Partei der Macht“ unabhängig und können an dieser auch Kritik ausüben.

- Italienisches Modell

Bei diesem Modell verfügt die „Partei der Macht“ über eine relative Mehrheit im Parlament und bildet mit kleineren Parteien die Regierung. Falls die Partei der Macht Stimmen verliert, ist es auch für andere Parteien möglich, eine neue Regierung zu bilden.

- Klassisch demokratisches Modell

In diesem Fall ist das Parteiensystem wie in klassischen Demokratien gebildet und eine „Partei der Macht“ existiert nicht.

Obwohl die Modelle an sich unterschiedlich sind, weisen sie auch starke Gemeinsamkeiten auf wie z.B. bei indonesischem und ostdeutschem Modell, wo es sich gleichermaßen um autoritäre Systeme handelt.²⁸

Da sich die Situation während der Amtsperioden der drei Präsidenten immer wieder geändert hat, hat sich das Parteiensystem entsprechend auch im Laufe der Zeit mehr den Charakteristiken einer der Modelle angenähert.

Das Parteiensystem hat sich in Russland seit Anfang der 90er Jahre stark verändert: das Ende des Einparteiensystems in der Gorbatschow Ära, eine hohe Volatilität unter Jelzin und der starke Aufbau der Vertikale der Macht während der Ära Putin.

²⁸ Vgl. Buhbe/Denisow (2005), S. 3

Wie Gel'man meint, könnte sich Russland ein „...*“Dresden“ style political system, in which one main party controls several satellite parties that have little political power*“²⁹ entwickeln.

In den 90er Jahren war die Parteienszene in Russland überfüllt. Es herrschten extrem hohe Volatilitätsraten und die Wähler konnten ihre Präferenzen einfach nicht feststellen, was zur Entstehung der zahlreichen politischen Parteien geführt hat. Die Bindung zu Parteien war nicht von großer Bedeutung, da eine Mitgliedschaft in der Partei nicht notwendig war, um sich politischen Einfluss zu verschaffen.

Am Anfang des Jahres 2000 kommt es verstärkt zum Aufbau einer Vertikale der Macht und Zentralisierung der Politik. Gel'man sagt in diesem Fall: „*Centralization makes it possible to increase the role of political parties and intensifies coalition politics among parties.*“³⁰ Realität führte aber zu einem Gegensatz. Die starke Rolle der Eliten in der Politik und Neigung zu einem Parteienmonopol schwächten die Rolle der Parteien in Russland zusätzlich. Alle anderen Parteien zusammen hatten so wenig Macht und Einfluss, dass die von Kreml geschaffenen politischen Parteien einfach als einzige die Macht erhalten konnten.

Die Parteien, die die Macht erhalten konnten, wiesen drei große Gemeinsamkeiten auf: alle diese Parteien sind von der Regierung und von Präsidenten geschaffen worden mit dem Ziel, die meisten Stimmen zu gewinnen und so die Macht der Executive zu sichern, die Ideologien der Parteien sind währenddessen sehr schwach und die Finanzierung der Parteien erfolgt seitens des Staates.

Für Parteienmonopol sorgten zahlreiche Veränderungen der Gesetze, die die Erhaltung der Macht dieser sich schon an der Macht befindenden Parteien immer wieder einfacher gemacht haben.

²⁹ Gel'man (2007), S. 12

³⁰ Gel'man (2007), S. 12

3.1. Wahlverhältnisse und Parteiensystem

Welche Resultate politische Parteien bei den Wahlen erzielen, ist hauptsächlich von den Wählern abhängig.

Die Wahlverhältnisse der Wähler lassen sich sehr gut und präzise anhand der statistischen Daten miteinander vergleichen und haben somit eine starke Aussagekraft darüber, wie sich das Parteiensystem entwickelt.

Die Parteien sollten eine stabile Wählerbasis haben, wo mit keinen großen Veränderungen zu rechnen ist, weil diese Basis die Bestätigung einer gelungenen Parteiideologie ist, und somit auch die Möglichkeit bietet, die Wähler durch die von ihnen gewählte Partei in der Regierung zu repräsentieren um somit für vom Volk gewünschten Veränderungen zu sorgen.

Wie Kunov et. al meinen:

„Since the 2003 election, the political system in Russia can no longer be characterized as a system of stable and predictable voter preferences....It was the Putin’s own perestroika-or ‘vertical of power’-that changed not only the rules of the game, but players’ incentives that had been forming throughout the 1990s. Under such conditions, the prospects for the formation and development of an effective multy-party system appear quite bleak.“³¹

Generell betrachtet, konnte man sagen, dass zwischen 1995 und 2000 die Wahlverhältnisse in Russland ziemlich stabil waren. Die Veränderungen kamen aber im Jahr 2003, unmittelbar von den Duma Wahlen.

Die Tabelle 1 unten zeigt, dass sich die Wahlverhältnisse, wenn es um die großen Parteienlager geht, zwischen 1995 und 1999 kaum verändert haben.

Tabelle 1 Wahlverhältnisse der großen Parteien 1995 und 1999:

³¹ Vgl. Kunov et.al. (2005), S. viii, ix

Group	1995	1999
'left'	CPRF + Communists of the USSR 26.8%	CPRF + Communists of the USSR 26.5%
'right'	Yabloko + Russia's Choice + Ahead Russia + Common Cause 13.5%	Yabloko +SPS 14.5%
'nationalist'	LDPR 11.1%	LDPR 6%
Total	52%	47%

Source: Central Election Commission of the Russian Federation. In: Kunov et.al (2005), S.5

Für die Erfolge dieser Parteien damals waren hauptsächlich die Parteiideologien zuständig, da die Wähler den wirklichen Erfolgen der Parteien weniger Aufmerksamkeit bei der Politikumsetzung geschenkt haben.

Kunov et. al definieren vier Merkmale der russischen Wahlverhältnisse³²:

1. Die Verhältnisse der russischen Wähler sind während der 90er Jahre trotz zahlreicher ökonomischer Probleme und politischer Veränderungen ziemlich stabil geblieben.
2. Die neuen Parteien waren institutionell schwach verankert und konnten die bekommene Position nicht festhalten.
3. Die wachsende Rolle und Macht des Präsidenten schwächte die Rolle und Status der politischen Parteien.
4. Das Ergebnis der Duma Wahlen 1999 waren die ersten Zeichen der Regierung Dominanz im gesamten politischen Spektrum in Russland.

Warum es erst ab den Duma Wahlen 2003 Instabilitäten in Wahlverhältnissen gibt, zeigt deutlich die Tabelle 2, wo die wichtigsten Parteien mehr als die Hälfte ihrer Wähler in vier Jahren verloren haben.

³² Vgl. Kunov et.al. (2005), S. 5-6

Tabelle 2 Wahlverhältnisse der großen Oppositionsparteien 1999-2003

Group	1999	2003
'Left'	CPRF + Communists of Russia 26.5%	CPRF 12.61%
'Right'	Yabloko + SPS 14.5%	Yabloko + SPS 8.27%
'Nationalist'	LDPR 6%	LDPR+Rodina 29.49%
Total	47%	41,32%

Source: Central Election Commission of the Russian Federation. In: Kunov et.al (2005), S. 9

Die Partei, die die meisten Wähler der früher stärksten „Kommunistischen Partei“ mobilisieren konnte war die Partei der Macht, „Einiges Russland“. Somit können auch die Erfolge von „Einiges Russland“ gut erklärt werden. Obwohl in manchen Regionen die statistischen Fakten und die Prozente die „Einiges Russland“ gewonnen hat, mehr von null auf hundert Prozent gestiegen sind, wurden die Wahlen für gültig erklärt.

Seit den Wahlen 2003 spielt die Kommunistische Partei eine sehr geringe Rolle. Von vielen wird sie heute als einzige richtige Oppositionspartei betrachtet, obwohl sie kaum politischen Einfluss hat.

Es war die von Putin ausgebildete Vertikale der Macht die die Struktur und die Spielregeln, die in den 90er Jahre gültig waren, geändert hat. Die Vertikale der Macht, die Putin ausgebildet hat, wird schwer runter zu kriegen sein. Das System hat sich gut in diese Richtung entwickelt, mit stark ausgebauten Strukturen, die es unterstützen. Solche Systeme, die nur von der Entscheidung einer Person abhängig sind, sind instabil. Es gibt eigentlich nur zwei Szenarien wie solche Systeme überleben können: *„...either it is doomed to colapse or it is destined to consolidate ist authoritarian character.“*³³

³³ Kunov et.al (2005), S. 17

3.2. Umfragen und Parteiensystem

Die Meinungsumfragen sind eine der stärksten Mittel, wenn es um die Befragung der Situation in der Gesellschaft geht. Aus den Aussagen lassen sich die Präferenzen der Bevölkerung herauslesen, die am deutlichsten zeigen wo die Präferenzen der Bevölkerung liegen.

Folgende grafische Darstellungen sind insofern relevant, weil sie die Einstellung der Bevölkerung zur russischen Politik am besten zeigen. Politische Akteure, Parteien und Regierung sind das Resultat des Willens der Bevölkerung und konnten ohne deren Unterstützung nicht erfolgreich sein.

Besonders bei der Betrachtung der Entstehung der „Partei der Macht“ und der Kampagne, die Putin seine Präsidentschaft ermöglicht hat, wird klar, dass alle diese Ereignisse nicht möglich gewesen wären, hätte die Bevölkerung ihre Unterstützung zu diesen untersagt.

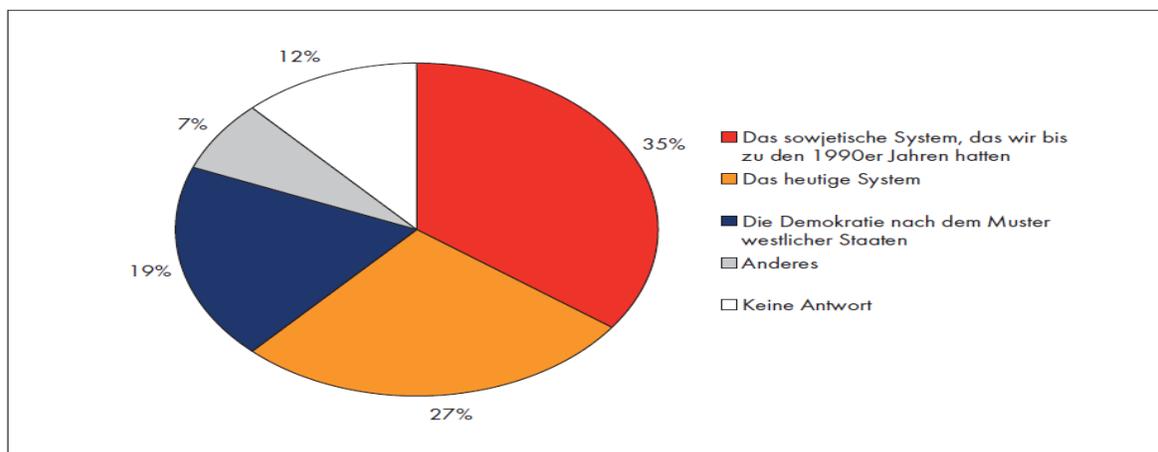
Die Parteien, die sich an der Macht befinden, verdanken das hauptsächlich ihren Wähler. Um eine Demokratie zu ermöglichen sind deshalb reale politische Parteien notwendig.

Die Voraussetzungen für die Entstehung solcher Parteien sind: politisches System der die Parteien unterstützt, eine Vielfalt der politischen Parteien die alle gleiche Möglichkeiten haben ihre politischen Ziele zu verwirklichen und eine demokratische Gesellschaft. Wie die Situation in Russland bezüglich dieser drei Aspekte aussieht, zeigen am besten die folgenden Grafiken.

Die Tabelle 1 zeigt die Systempräferenzen der russischen Bevölkerung.

Auf die Frage welches politische System für Russland am besten geeignet wäre, hat die Bevölkerung wie folgt geantwortet:

Tabelle 1: Welches politische System wünschen Sie sich heute in Russland?

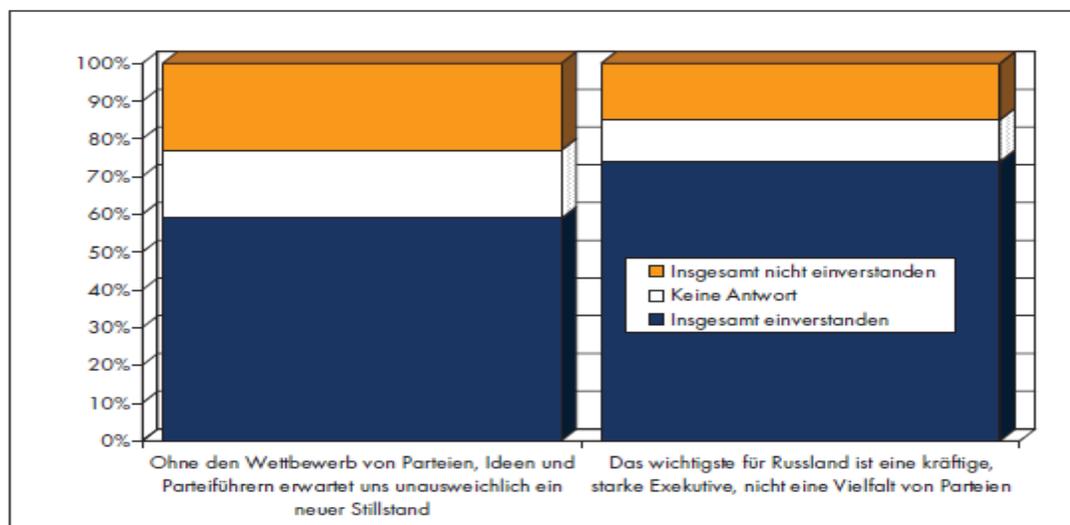


Quelle: Umfrage des Levada-Instituts, 12.–16. Oktober 2007, <http://www.levada.ru/press/2007102502.html>

Wie man aus dieser Tabelle sieht, stehen die Präferenzen der Bevölkerung stark auf der Seite der Kommunistischen Regime mit einem Einparteiensystem. Nur deshalb ist es kein Wunder, dass sich die Wähler mit neuen Ideologien und durch neue Parteienstruktur nicht mehr so gut mobilisieren lassen.

Die Frage, ob Russland politische Parteien braucht, lieferte überraschende Antworten.

Tabelle 2: Braucht Russland politische Parteien?



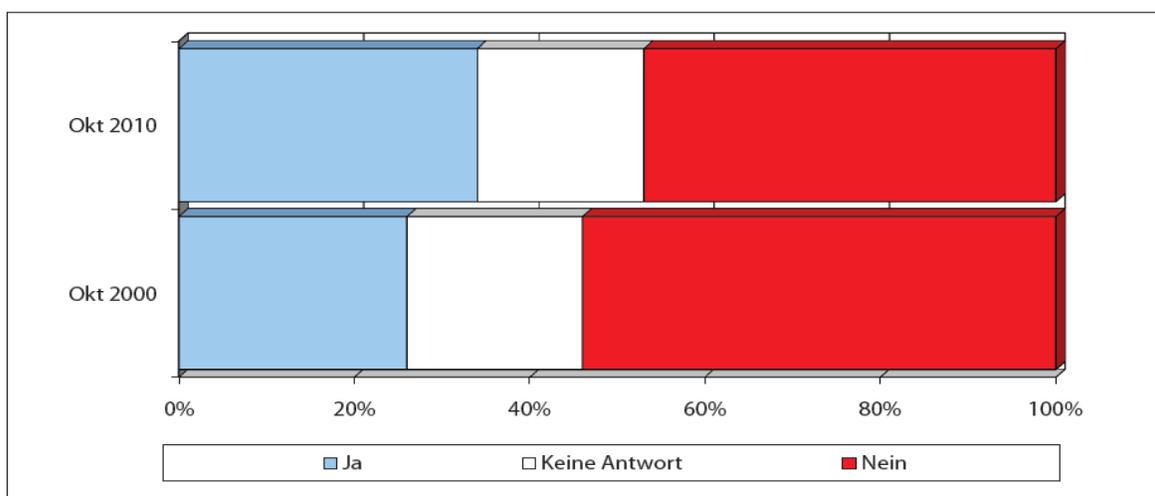
Quelle: Umfragen des kremlnahen Meinungsforschungsinstituts VCIOM vom 12.-13. August 2006

http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3438.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=1&cHash=b390c89575

Beeindruckende 74 Prozent der Befragten meinen, dass in Russland eine starke Exekutive wichtiger ist als eine Vielfalt der politischen Parteien. Da die Parteien in Russland so wie so von der Exekutive geschaffen und kontrolliert werden, haben sie Aufgaben nur in legislativen Bereich. Von diesen Antworten ausgehend ist ein politischer Wettbewerb zwischen Parteien, wie das im Westen üblich ist, gar nicht notwendig. Die Bevölkerung hat sich den neuen Regeln noch nicht angepasst, deshalb ist es nicht überraschend, wenn man die Antworten aus der Tabelle 1 sieht, dass sich die Bevölkerung keine Parteienvielfalt wünscht.

Die in 2010 durchgeführte Umfrage, ob Russland eine demokratische Gesellschaft sei, zeigt, dass Russland es nicht geschafft hat, auch 20 Jahre nach dem Untergang des Kommunismus die von Gorbatschow geplante Demokratie zu etablieren.

Tabelle 3: Ist Russland eine demokratische Gesellschaft?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. Oktober 2010 <http://www.levada.ru./press/2010111201.html>

Aus dieser Grafik lässt sich feststellen, dass im Fall Russland auch keine richtigen demokratischen Strukturen zu erwarten sind. Die politischen Parteien leisten nicht dasselbe wie demokratische Parteien in westlichen Demokratien. Verglichen mit westlichen Systemen lässt sich in Russland ein Mangel an einflussreichen politischen Parteien feststellen.

Auch die Einstellung der Bevölkerung zeigt, dass die typischen Transformationssymptome noch nicht überwunden sind. Die alte kommunistische Idee wie auch der Kommunismus selbst sind immer noch tief verwurzelt.

Um zu verstehen wie es zu diesen Ergebnissen kommen konnte, ist eine Analyse der Veränderungen, die unter allen drei Präsidenten stattgefunden haben, notwendig.

In Kapitel vier sind diese Veränderungen in allen drei Präsidentschaftsären dargestellt.

4. Politische Veränderungen während dreier Präsidentschaften

In diesem Kapitel werden die Veränderungen, die während der drei russischen Präsidentschaften, Gorbatschow, Jelzin und Putin, stattgefunden haben, wie auch ihren Konsequenzen für das politische System Russlands und besonders die Entwicklung der politischen Parteien in Russland systematisch analysiert.

4.1. Veränderungen in Gorbatschows Ära

Im Laufe der Präsidentschaft Gorbatschows beginnen die wichtigen Veränderungen, die das politische System Russlands in neue Bahne lenken. Die Begriffe Perestroika und Glasnost sind ohne den Namen Gorbatschow nicht denkbar. Diese Prozesse zeichneten seine Präsidentschaft aus und gelten heute noch als einer der größten und bedeutendsten Reformen, die das Land gesehen hat. Die Perestroika kann als Prozess in zwei wichtigen Segmenten aufgeteilt werden, die von größter Bedeutung für die Weiterentwicklung des Landes zuständig war.

Die von Gorbatschow durchgeführten Transformationsprozesse umfassten hauptsächlich vier Gebiete: die Pluralisierung des Parteiensystems und ökonomische Reformen, die beide einen direkten Einfluss auf die Entwicklung der politischen Parteien hatten, das Ende des Kalten Krieges und den Beginn des

Zerfalls der Sowjetunion, die den politischen Still Gorbatschows am besten widerspiegeln.

4.1.1. Pluralisierung des Parteiensystems

Wie Coulloudon meint „...critical breaking point between the old and new political-economic systems can be marked at 1988, even more so than 1991.“³⁴

Michail Gorbatschow galt als kommunistischer Reformier mit dem Wunsch das politische System in eine neue Ära zu führen. Pluralisierung des Parteiensystems, die Schaffung der politischen Institutionen und das Abschaffen der absoluten Macht der Kommunistischen Partei sind in der ersten Linie Gorbatschow zu verdanken.

„The system was such, until Gorbatschow reforms began to alter it, that no serious structural change could be undertaken by anyone other than general secretary.“³⁵

Obwohl Perestroika (Rekonstruktion) und Glasnost (Transparenz) als Methoden, die zur Einführung der Demokratie sorgen sollen, werden diese Prozesse mehr als Methoden zur Liberalisierung gesehen.³⁶

Gorbatschow suchte seine politische Inspiration in westlichen Werken. Er beschäftigte sich regelmäßig mit der westlichen Literatur und studierte sorgsam die Entstehungsetappen der westlichen Demokratien. Die Denkweise der Politiker des Westens, hat Gorbatschow in seine Politik eingebaut, mit der Idee ein russisches politisches System nach dem Vorbild der westlichen Demokratien zu bauen.

Bis zum Jahr 1989 hat sich das politische System Russlands so verändert, dass die Kritiken der gegnerischen Lager laut zu hören waren. Die Machtverschiebung von einer parteilichen auf eine institutionelle politische Ebene, waren die wichtigsten Veränderungen zwischen 1988 und 1990.

³⁴ Coulloudon (2000), S. 67-87

³⁵ Brown (2001), S. 12

³⁶ Vgl. Brown (2001), S. 13

Es gab auch zahlreiche Veränderungen in der Verfassung der Regierung. Gorbatschow versuchte das alte Parlament zu verändern, um eine neue Institution zu schaffen, die dem Volk mehr Möglichkeiten für politische Partizipation bietet. Der neue Kongress der Volksabgeordneten sollte als Resultat der Wahlen erfolgen, wo das Volk als entscheidungstragendes Organ gilt. Kongress der Volksabgeordneten hatte die Aufgabe den Obersten Sowjet der Sowjetunion zu wählen, ein Organ, das für die Gesetzgebung zuständig ist.³⁷

Durch diese Reform versuchte Gorbatschow den Einfluss der Kommunistischen Partei zu beschränken und ein System zu erschaffen, das mehr in die Richtung einer Demokratie geht.

4.1.2. Ökonomische Veränderungen

Gorbatschow wollte das ökonomische System verändern und Russland auf einen Weg der marktwirtschaftlichen Ökonomie führen. Die Gesetze der Veränderung sollten mehr Entscheidungskraft auf die einzelnen Unternehmen schieben und zu besseren Verhältnissen zwischen Staat und Unternehmen führen.

Drei wichtige Gesetze, die für Transformation der russischen Ökonomie von größter Bedeutung waren, sind: das Gesetz für die Regulation der staatlichen Unternehmen, das Gesetz der Zusammenarbeit und die Gesetze, die die Souveränität der anderen Republiken der Sowjet Union garantiert haben.

Das Gesetz für staatliche Unternehmen änderte die Machtverhältnisse zwischen Staat und Unternehmen, in dem Sinne, dass die Unternehmen ab diesem Punkt allein über ihre Produktion entscheiden konnten und die Löhne und Profite alleine bestimmen konnten. In dieser Zeit veränderte sich die Rolle der Gewerkschaften enorm, da auch sie jetzt die Macht hatten, über ihre eigenen Führungskräfte selbstständig zu entscheiden. Wie Hale meint, verursachte das die enorme Steigerung der Löhne der Manager, die als Hauptaufgabe das Zufriedenstellen der

³⁷ Vgl. Remington (2001), S. 56

Arbeiter und Steigerung ihrer Löhne, hatten, während die Regierung dafür zahlen sollte.³⁸ Mit dieser wachsenden Rolle der Führung, nach einer Zeit, sind die Unternehmen tatsächlich, als privates Eigentum, in die Hände dieser Führung geraten.

Die staatlichen Banken blieben auch nicht gegen die Veränderungen, die durch das Gesetz verursacht wurden, immun.

Das Gesetz „...*broke up the Soviet Union's „bank“ monopoly, dividing Gosbank's mostly bookkeeping functions among a new USSR Central Bank and several „specialized banks“ linked to branches of the economy.*“³⁹ Wie Hale meint: *“these specialized banks had evolved into industry- connected commercial banks by 1990.”*⁴⁰

Dieses Gesetz war eigentlich für die Einführung der Zusammenarbeit zwischen der Industrie und den Banken verantwortlich. Die Banken hatten die Aufgabe, große Summen aus dem industriellen und politischen Sektor zu managen, wobei *„...entrepreneurial bankers could be quite creative in finding ways to channel official money to their own accounts for use in generating private profit.“*⁴¹

Im Jahr 1990 kommt es zu zwei wichtigen Veränderungen, wenn es um die russischen Banken geht: zuerst wurde die Moskauer Filiale der russischen Staatsbank in die Zentrale Bank Russlands umgewandelt, und danach den Banken noch größere Zusicherung der Unabhängigkeit mit Möglichkeit einer Privatisierung zugesprochen.⁴²

Da die Bedingungen für Entstehung der weiteren Banken mehr als günstig waren, kommt es auch zu einer massiven Explosion der Zahl regionaler Banken.

„ In this enviroment, the commercial banks (both cooperative and newly commercializes) gained autonomy to engage in a whole series of side activities for

³⁸ Vgl. Hale (2006), S. 156

³⁹ Shleifer/Treisman (2000), S. 29-30

⁴⁰ Hale (2006), S. 157

⁴¹ Solnick (1998), S. 8

⁴² Vgl. Hale (2006), S. 157

*private profit, such as the financing of semi-legal trading activities and currency speculation.”*⁴³

4.1.3. Kalter Krieg

Gorbatschows Reformen umfassten ein weites Spektrum und veränderten das System in vielen Gebieten. Eine der besonders wichtigen Veränderungen bezog sich auf den Bereich der Außenpolitik Russlands. Die Einführung der neuen foreign policies und neuen Denkweise, wenn es um die Außenpolitik Russlands geht, sorgte für eine andere und bessere Stellung Russlands in der Weltpolitik.

Robert English meint, dass Gorbatschow eine „*instiable thirst for knowledge*“⁴⁴ hatte. Er las viel über westliche Politiker und beschäftigte sich mit Biografien bekannter Politiker.

In Jahr 1988, hat Gorbatschow das Recht, welches allen osteuropäischen Staaten die Möglichkeit gibt, ihre eigenen politischen und ökonomischen Systeme zu wählen, vorgeschlagen.⁴⁵ Nachdem sich die Staaten entschlossen haben, ihre eigenen Wege zu gehen, blieb eine russische Intervention aus. Das gab den Staaten die Möglichkeit, sich unabhängig voneinander zu entwickeln und zerbrach die absolute Macht der Sowjetunion in Osteuropa.

Obwohl das Ende des Kalten Krieges offiziell mit der Einigung Deutschlands auf das Jahr 1990 festgelegt wurde, konnte nach Ash auch das Entfallen einer sowjetischen Reaktion im Fall der osteuropäischen Staaten als Ende des Kalten Krieges dienen.⁴⁶

In Russland wurde Gorbatschow jedoch für diese Vorgehensweise stark kritisiert, da diese Veränderungen mit zahlreichen Nachteilen für das eigene Land durchgezogen wurden.

⁴³ Houhg (2001), S. 38

⁴⁴ English (2000), S. 212

⁴⁵ Vgl. Brown (2001), S. 20

⁴⁶ Vgl. Ash (1993), S. 54

4.1.4. Zerfall der Sowjetunion

„*The dissolution of the Soviet Union was an important sense a transformation for which Gorbachev bears a large measure of responsibility even though it was an outcome he struggled desperately to avoid.*“⁴⁷ Gorbatschow konzentrierte sich auf das “große Bild” und betrachtete die durchgeführten Veränderungen als etwas was grundsätzlich richtig zu machen war, obwohl es auch dafür einen Preis zu zahlen gab. Ihm waren die Methoden mit denen man zum Ziel kommt gleich wichtig wie das Erreichen des Zieles selbst. Er konzentrierte sich mehr auf Politik als auf die Macht selbst und war in der ersten Linie ein politischer Reformier.

Auf die Frage, warum es zum Zerfall des Sowjetunion gekommen ist, antwortet Jerry Hough: „*The immediate reason was that Gorbatschow refused to use enough force to ensure obedience to Soviet laws and to suppress separatism.*“⁴⁸ Die politischen Mittel haben in der Politik Gorbatschows eine weit wichtigere Rolle gespielt als die Macht und alle Mittel der Machterhaltung.

Generell gesehen lassen sich fünf große Veränderungen, die Russland während der Präsidentschaft Gorbatschows durchgemacht hat, voneinander unterscheiden⁴⁹:

- Pluralisierung des politischen Systems: Gorbatschow war der erste Präsident, der eine „demokratische Idee“ in Russland für möglich gehalten hat. Obwohl das politische System zwischen 1989 und 1991 keine Demokratie war, war es auch kein kommunistisches System mehr.
- Obwohl keine Marktwirtschaft als Resultat der Veränderungen entstanden ist, sind die ökonomischen Veränderungen in erster Linie Gorbatschow zu verdanken.
- Eine Änderung der Außenpolitik der Sowjetunion wie auch die Einführung der neuen „foreign Policy“.

⁴⁷ Brown (2001), S. 22

⁴⁸ Hough (1997), S. 498

⁴⁹ Vgl. Brown (2001), S. 36-38

- Akzeptanz des Endes der kommunistischen Regime in Europa und somit das Ende des Kalten Krieges. (gewann den Friedensnobelpreis für diese Ereignisse)
- Die Fokussierung auf das innere Imperium

All die Veränderungen verursachen unbewusst den Zerfall der Sowjetunion. Obwohl in der wissenschaftlichen Literatur eigentlich Boris Jelzin als derjenige gilt, der den entscheidenden Schritt in diese Richtung gemacht hat, haben die Reformen des Präsidenten Gorbatschow diesen Schritt erst ermöglicht.

Die Evaluierung der Veränderungen der Ära des Präsidenten Gorbatschow verläuft meistens nur aus einem zweifachen Blickwinkel betrachtet: während sich die einen auf die positive Ereignisse wie z. B. verbesserte Ost-West Beziehungen oder das Ende des Kalten Krieges konzentrieren, betrachten die anderen nur die negativen Seiten wie z. B. zahlreiche ökonomische Nachteile und den Beginn des Zerfalls der Sowjetunion.

Die Hauptsache dabei ist, dass Gorbatschow als bedeutendster und wichtigster Reformier der europäischen Politik unserer Zeit gilt.

4.2. Veränderungen der Jelzin Ära

Die zweite Periode der Veränderung der russischen Politik beginnt mit Präsident Jelzin. Die Veränderungen, die Gorbatschow durchgeführt und begonnen hat, boten eine gute Grundlage für weitere Veränderungen, die das Land in einer neuen Richtung bewegen sollten. Veränderungen die unter Präsident Jelzin stattgefunden haben, lassen sich in politische und ökonomische Veränderungen unterteilen.

4.2.1. Ökonomische Veränderungen

Der Beginn der Auflösung der Sowjetunion Ende 1990, mit einher gehenden Unabhängigkeitserklärungen seiner Staaten, war offiziell beschlossen, als am 31.

Dezember 1991 der Oberste Sowjet per Beschluss die Sowjetunion als Völkerrechtssubjekt auflöste⁵⁰. Völkerrechtliche Rechte und Pflichten der ehemaligen Sowjetunion übernahm Russland, das als Folgestaat der Sowjetunion diente. All diese Ereignisse führten zu großen ökonomischen und politischen Veränderungen, wobei der Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung und Beseitigung des Einparteiensystems, als Anlass für die weiteren politischen Veränderungen gesehen wurden.

Nach Schröder lassen sich die politischen Veränderungen die als Folge einer reformorientierten Regierung stattgefunden haben, in vier Kategorien einteilen⁵¹: Liberalisierung, Privatisierung, Institutionen-Entwicklung und Stabilisierung.

Langsam beginnt die Ära der starken Privatisierung der Unternehmen, besonders der Banken, in Russland. Wie Hale meint: *„the key moment came in 1992 and 1993, when commercial banks persuaded the Russian central government to grant them the status of “authorized banks” to perform some very important and profitable functions for the state.”*⁵² Durch die enge Zusammenarbeit der Banken und Regierung schaffen manche Banken innerhalb kurzer Zeit, an die Spitze der Bankwelt in Russland zu kommen, obwohl sie sehr jung waren. Da diese Banken nicht total unabhängig vom Staat operieren konnten, ist klar, weshalb auch eine enge Zusammenarbeit zwischen der Staatspitze und Bankmanagern entstand. Dass jede Leistung eine Gegenleistung erfordert, wurde auch sichtbar im Fall der Banken, die eine Art unsichtbarer Kredite an den Staat geben sollen, die aber theoretisch nie zurück bezahlt werden konnten. Wie Woodruff meint: *„the complexity grew even more as these processes came to involve the demonetization of the economy.”*⁵³

Der Prozess der Privatisierung, der schon in Gorbatschows Ära seinen Anfang nahm, setzte sich in Jelzins Ära fort. Die Analytiker teilen diesen Prozess in

⁵⁰ Vgl. Körner (2003), S. 13

⁵¹ Vgl. http://www.bpb.de/themen/T82QWK,0,0,Russland_in_der_%C4ra_Jelzin.html

⁵² Hale (2006), S. 158

⁵³ Woodruff (1999), In: Hale (2006), S. 156

Russland in drei unterschiedliche Segmente auf: kleine Privatisierung, sogenannte „voucher“ Privatisierung und Geld-Privatisierung.

Wie das Wort sagt, kleine Privatisierung ist im Sinne der Privatisierung der kleinen Geschäfte und Unternehmen gedacht. Sie erfolgte meistens im Jahr 1992, wo die Geschäfte und Unternehmen meistens an ihre Führungskräfte verkauft worden sind.

Größere politische Bedeutung hatte jedoch „voucher“ Privatisierung, die hauptsächlich zwischen 1992 und 1994 stattgefunden hat. Hough sieht diese Art Privatisierung als eine Taktik der Regierung *„...to create unambiguous ownership while simultaneously „buying off“ an interest group (directors) that was in position to pose major obstacles to privatization were its members to be shut out of the process.“*⁵⁴

Im Jahr 1994, nach dem Ende der „voucher“ Privatisierung, kam die Phase der Geld-Privatisierung, die durch den Verkauf der wichtigen Unternehmen an private Personen erfolgte. Diese Art der Privatisierung hatte auch die größte Konsequenz für das politische System und die Parteienentwicklung in Russland.

Die größten Banken in Russland hatten die Aufgabe, Auktionen der Unternehmen zu organisieren, wobei gesagt werden muss, dass hier manche der weltbedeutendsten Öl- und Metallunternehmen dabei waren. In diesem Fall besonders *„...official blind eyes were turned when it emerged that the banks organizing the auctions (or their associates) usually managed to win them.“*⁵⁵

Besonders diese Art der Privatisierung führte zum Aufstieg des Phänomens der russischen Oligarchen, einer Gruppe *„... of several magnates whose financial-industrial groups (FIGs) managed flows of economic resources.“*⁵⁶

Durch die Expansion der Macht der Oligarchen, mit zahlreichen regionalen Filialen, begann die Eroberung der Peripherie des Staates. Zahlreiche Medien und wichtige

⁵⁴ Hough (2001), S. 76

⁵⁵ Johnson (2000), S. 185

⁵⁶ Hale (2006), S. 160, 161

Strukturen des öffentlichen Lebens lagen in den Händen der Oligarchen und wurden seitens dieser kontrolliert.

4.2.2. Politische Veränderungen

Eine der größten Schwachstellen der Jelzin-Ära war die wachsende Macht der regionalen Führungskräfte und die starke Verlagerung der Macht auf eine regionale Ebene. Auch die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive wurden zu stark auf die regionale Ebene verschoben. Die Verschiebung der Macht auf eine regionale Ebene wollten vor allem die Eliten ausnützen, um mehr Macht zu erhalten und ihre Strukturen auf regionaler Ebene zu stärken.

Zwei Ereignisse widerspiegeln die politische Ära Jelzins besonders gut: der Verfassungskonflikt und die Präsidentschaftswahlen im Jahr 1996

Verfassungskonflikt

Bevor der Verfassungskonflikt ausbrach, hatte das Verfassungsgericht weitreichende Kompetenzen in Russland gehabt. Die Richter des Gerichts wurden aufgrund des Vorschlags des Staatspräsidenten durch das Parlament gewählt.

Eine der weitreichendsten Kompetenzen, die das Gericht damals hatte, war das Recht, aus eigener Initiative die Verfassungsvereinbarkeit von politischen Organisationen und politischen Entscheidungen der Staatsorgane zu prüfen.⁵⁷ Genau das führte zu einem Konflikt zwischen dem Präsidenten Jelzin und dem Volksdeputiertenkongress sowie dessen Obersten Sowjet, weil Jelzin manche Entscheidungen des Verfassungsgerichtes für falsch gehalten hat.

Das Verfassungsgericht weigerte sich, die liberalen Reformen, die Jelzin vorgesehen hat, als positive politische Entscheidungen zu sehen.

Da der Volksdeputiertenkongress reformfeindlich war und das Parlament einen neuen Verfassungsentwurf abgelehnt hatte, löste Jelzin per Dekret das Parlament

⁵⁷ Vgl. Merkel (2010), S. 379

auf, kündigte Neuwahlen wie auch eine Volksabstimmung bezüglich neuer Verfassung an. Die Tatsache, dass die Armee auf der Seite Jelzins stand, hat den Konflikt zu Gunsten Jelzins entschieden.

Durch die Volksabstimmung wurde die neue Verfassung verabschiedet und der Kongress der Volksdeputierten durch ein Zweikammerparlament mit Föderationsrat und Staatsduma geschaffen.

Die neue Verfassung verringerte die Rolle des Verfassungsgerichtes erheblich, mit der Abschaffung der zwei wichtigen Rechte, die das Gericht in der Vergangenheit hatte⁵⁸: Das Initiativrecht, politische Entscheidungen zu prüfen und das Recht über Verfassungsfeindlichkeit von politischen Entscheidungen zu entscheiden.

Mit der neuen Verfassung räumte sich der Präsident eine größere Rolle im politischen System ein.

Präsidentschaftswahlen 1996

Die Präsidentschaftswahlen in Russland im Jahr 1996 wurden hauptsächlich durch eine starke Rivalität zwischen den damals amtierenden Präsidenten Boris Jelzin und dem Führer der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ Gennadi Sjuganow gekennzeichnet.

Jelzin hat dank des Scheiterns seiner Reformen und zahlreichen Korruptionsskandalen an Popularität verloren. Schon die Parlamentswahlen 1995 konnten als ein Zeichen der Schwäche von Jelzins Politik gedeutet werden. Die Reformpolitik Jelzins konnte keine Wähler mobilisieren und begann auch ihre Stammwähler zu verlieren. Die Wahl brachte einen neuen Gewinner hervor, und zwar die kommunistische Fraktion, die ein Drittel der Abgeordnetensitze gewinnen konnte.⁵⁹

Die Ereignisse der Dumawahl 1995 wurden ein klares Zeichen für Jelzin, dass die Präsidentschaftswahlen für ihn schlecht ausgehen konnten. Das Volk zeigte sich

⁵⁸ Vgl. Merkel (2010), S. 379

⁵⁹ Vgl. http://www.bpb.de/publikationen/7B7WKS,3,0,Politisches_System_und_politischer_Prozess.html

unzufrieden und sah in Sjuganow eine gute Möglichkeit, Veränderungen in der Politik hervorzurufen.

Trotz zahlreicher Umfragen, die auf eine klare Niederlage Jelzins deuteten, initiierten mehrere Finanzgruppen und Oligarchen eine Wiederwahl Jelzins. Wie die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt:

„ In einer fulminanten Kampagne, die von den großen Finanzgruppen finanziert wurde, und mit Unterstützung der Mehrheit der Gouverneure und Regionalverwaltungen, die gewissermaßen eine „Partei der Macht“ bildeten, gelang es, Jelzin eine knappe Mehrheit zu verschaffen. In der Stichwahl setzte er sich gegen den Kommunisten Gennadij Sjuganow (40 Prozent) durch.“⁶⁰

Huskey meint, dass die Verteilung der Macht in Jelzins Ära durch drei wesentliche Veränderungen der Staatsstruktur bedingt war⁶¹:

- Der erste wichtige Schritt, der zur Machtverschiebung auf eine regionale Ebene geführt hat, war Jelzins Parlamentsentlassung 1993. Die Entlassung führte zur Reduktion der Macht der Legislative die die Exekutive nicht mehr kontrollieren konnte. Dadurch haben die regionalen Führungskräfte ihre eigenen Herrschaftsformen entwickeln können.
- Die Verfassung von 1993 schuf eine neue Art des Parlaments. Das obere Parlamentshaus Föderation Rat und untere Staatsduma. Mitglieder des oberen Parlamentshaus waren die Führungskräfte, die auf regionaler Ebene tätig waren. Durch diese Positionen hatten die regionalen Oberhäupter eine Veto Möglichkeit gegenüber den Entscheidungen des Präsidenten. Genau da sahen die Eliten ihre Chance, die Macht zu ergreifen.
- Präsident Jelzin hat sich jedoch bis zum Jahr 1996 eine Möglichkeit gelassen, die Eliten auf der regionalen Spitze zu kontrollieren indem er die regionalen Führungskräfte entlassen konnte.

⁶⁰ http://www.bpb.de/publikationen/7B7WKS,3,0,Politisches_System_und_politischer_Prozess.html

⁶¹ Vgl. Huskey (2001), S. 114

Alles ändert sich im Jahr 1996 wenn „...*decision to introduce direct gubernatorial elections- a move designed in part to attract the support of provincial elites for Yeltsin’s shaky presidential campaign-fundamentally altered Russia’s political calculus.*“⁶² R. F. Turovsky sagt: *“the governor was transformed into a ‘mini president’...and (demanded) more economic autonomy and more political power.*“⁶³

Mit diesen Veränderungen, die zu einer Machterhaltung des Präsidenten Jelzin führen sollten, hat sich die Macht in Russland fast ausschließlich auf die regionale Ebene verschoben. Wenn im Jahr 1998 die große ökonomische Krise in Russland ihre Wirkungen zu zeigen begonnen hat, hat der Präsident gesehen, dass sich das Land im Chaos befindet. Im Jahr 1999, kurz vor Weihnachten, verkündet Präsident Jelzin seinen Rücktritt.

4.3. Veränderungen der Ära Putin

Nach dem Rücktritt des Präsidenten Jelzin, wurde Wladimir Putin als neuer Präsident Russlands gewählt. Die Kandidatur und die Präsidentschaft Putins waren jedoch kein Zufall. Um verstehen zu können, warum Putin die politischen Veränderungen und überhaupt ein politischer Durchbruch gelungen ist, muss man die Situation der politischen Szene in Russland zu dieser Zeit genauer analysieren, um sich erst nachher den Veränderungen der Putin-Ära zu widmen.

Die Veränderungen, die unter Putin stattgefunden haben, haben das politische System Russlands besonders verändert und in eine völlig neue Richtung der Entwicklung gelenkt. Die horizontale Verteilung der Macht und der Versuch, die Hauptmerkmale der Demokratie zu erhalten, die in der Ära Jelzin entstanden, wurden durch Präsident Putin komplett verändert.

⁶² Huskey (2001), S. 114

⁶³ Turovsky (1998), S. 1-3 In: Brown/Shevtsova (2001), S. 114

Drei Veränderungen, die Präsident Putin durchgeführt hat, lenkten besonders stark die Entwicklung Russlands in eine andere Richtung. Diese drei Veränderungen, die Einführung der Vertikale der Macht und Änderung des Parteien- und Wahlgesetzes hatten besonders starken Einfluss auf die Entwicklung des Parteiensystems in Russland.

4.3.1. „Partei der Macht“ und Aufstieg Wladimir Putins

Noch in der Jelzin-Ära hatte die Regierung Probleme mit zwei Parteien, auf deren Politik später das Erschaffen einer „Partei der Macht“ und der Aufstieg Wladimir Putins die Antworten waren. Das waren die Parteien „Vaterland“ und „Ganz Russland“.

Noch zu Jelzins Zeit unterstützte ihn bei der Präsidentschaftswahl 1996 die vom Moskauer Gouverneur, Yury Luzhkov, formierte Partei „Vaterland“. Wie Hale schreibt: *„Taking to heart the immense power of nationwide television in getting Yeltsin reelected in 1996, Luzhkov sponsored the creation of a new TV network in June 1997 under the control of the Moscow city government.“*⁶⁴

Die Partei wurde durch starke Unterstützung der regionalen Gouverneure sehr populär und genoß in wichtigen und reichen Regionen starke Unterstützung der Gouverneure.

*„Luzhkov set about in mid-1998 to launch a party project built upon this coalition-crafting and reputation-building, institutionalizing and arming the new party to do political battle in the 1999 Duma race and then, he hoped, the presidential contest.“*⁶⁵

Die Regierung wurde durch diese Ereignisse sehr verunsichert und versuchte den Einfluss der Partei auf regionaler Ebene durch verschiedene Koalitionen, darunter

⁶⁴ Hale (2006), S. 217

⁶⁵ Hale (2006), S. 217, 218

auch der Versuch die Partei „Unser Haus Russland“ zurück ins Leben zu rufen, geringer zu machen.

Zu dieser Zeit, trotz Versuchen der Regierung noch eine Partei mit starker regionaler Unterstützung zu vermeiden, entsteht noch eine Partei, die Partei „Ganz Russland“, mit starker Unterstützung der regionalen Gouverneure.

Da das Land, und vor allem die Politik, zu dieser Zeit von starken ökonomischen Strukturen besetzt wurde, wie z.B. LUKoil und Gazprom, an welche die regionalen Gouverneure stark gebunden waren, sah die Regierung daran die mögliche Ursache ihres Scheiterns.

Die Auseinandersetzungen mit der Regierung begannen, als die neue Partei eine Anti-Korruption Kampagne startete, die dem Jelzin Team Sorgen bereitete.

Die Partei „Ganz Russland“ stand unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Primakow, der von Präsident Jelzin gefeuert wurde, und großen Respekt als ein „sauberer“ Politiker genossen hat.

Da die neue Partei den starken Einfluss der Moskauer Partei „Vaterland“ in einer Koalition gefürchtet hat, entschloss sich die Partei eine Koalition mit „Vaterland“ zu bilden. Die neue Koalition brachte zahlreiche Vorteile für beide Seiten. Wie Hale meint: *„Luzhkov achieved his breakthrough by recruiting Primakov, who alone among Russian politicians prior to September 1999 had the combination of administrative and ideological capital necessary to become Russia's Andrew Jackson.”*⁶⁶

Die Koalition beider Parteien wurde bald auch nur noch „Primakow Block“ genannt, wegen des starken Einflusses und der Popularität Primakows. Die Zahlen in Prognosen für die Parlamentswahlen 1999 standen auf der Seite der Koalition und Primakow wurde von vielen als Favorit für die Präsidentschaftswahlen 2000 gehandelt.

⁶⁶ Hale (2006), S. 220

Die Regierung zeigte sich über diese Ereignisse sehr besorgt: „*the fact that these disparate, ambitious, and powerful politicians had actually managed to come together against Yeltsin team, and so forcefully, sounded alarms throughout the Kremlin.*“⁶⁷

Vor allem die Oligarchen und Präsident Jelzin fürchteten einen Gewinn der Koalition, der auch eine Strafverfolgung für den Präsidenten für die Ereignisse 1993 als Folge haben konnte.

Dank eines erfolgreichen Medienkrieges, der die Zerstörung Primakows als Hauptziel hätte, schaffte es die Regierung die Bevölkerungsunterstützung der Koalition wesentlich zu erniedrigen.

Wenn Jelzin Primakow als Ministerpräsident gefeuert hatte, ersetzte er ihn durch Stepaschin. Stepaschin selbst wurde jedoch vom Jelzin nie als sein Nachfolger gehandelt, weil der Präsident der Meinung war, dass Stepaschin nicht die nötige Härte hat, sich gegen seine Gegner durchzusetzen.⁶⁸

Als seinen richtigen Nachfolger wählte Jelzin Wladimir Putin, der von Jelzin als „...loyal and tough through his service as the Federal Security Service (former KGB) chief and holder of other executive offices since 1996“⁶⁹ gesehen wurde.

Wie Hale meint: “It took crisis in Chechnya and Putin’s decisive reaction to turn most Russians and Kremlin cadres into true believers.”⁷⁰

Nach der Bombardierung der zivilen Wohnungen in Moskau, seitens tschetschenischer Kriegsherren, die das Recht auf einen islamischen Staat proklamierten, konnte Putin dank angekündigter militärischer Operationen stark bei der Bevölkerung punkten. „*What people liked in Putin, then, was not so much the*

⁶⁷ Hale (2006). S. 222

⁶⁸ Vgl. Hale (2006), S. 224

⁶⁹ Hale (2006), S. 224

⁷⁰ Hale (2006), S. 224

*war itself as the fact that he proved to be someone willing to do something dramatic in response to the September terrorist tragedies.*⁷¹

Da sich die unternommenen Maßnahmen der Regierung in Putins Fall als besonders erfolgreich zeigten, entschloss sich die Regierung kurz vor den Dumawahlen 1999 eine neue Regierungspartei zu gründen und somit der Koalition die Stimmen zu entziehen.

„Einheitsblock“ wurde als ein Versuch der Regierung konstruiert, der vor allem die Stimmen der Gouverneure auf der regionalen Ebene entziehen sollte um somit die Zahl der möglichen „Vaterland-Ganz Russland“ Sitze in der Staatsduma zu verringern.

Da die regionalen Gouverneure Hauptunterstützung der Koalition „Vaterland-Ganz Russland“ dienten, war das primäre Ziel des Blocks diese Unterstützung wesentlich zu schwächen. Wie erfolgreich dieses Projekt noch sein würde, konnte sich die Regierung von damals nicht vorstellen.

Der „Einheitsblock“ wurde der große Gewinner der Dumawahlen 1999, mit 30% der Stimmen in 29 verschiedenen Regionen und starker Unterstützung auf der regionalen Ebene.

Wie Hale schreibt: *„It was Putin’s endorsement, after all, that sent Unity’s rating skyward.*⁷²

Das Putin-Team arbeitete sehr hart und aggressiv um zwei Ziele zu erreichen⁷³:

- Konstruieren einer starken pro präsidentiellen Partei, die den zukünftigen Herausforderungen widerstehen konnte
- Stärkung der Rolle der politischen Parteien bei Wahlen

⁷¹ Hale (2006), S. 225

⁷² Hale (2006), S. 228

⁷³ Vgl. Hale (2006), S. 229

Der „Einheitsblock“ wurde zur Partei „Einiges Russland“ durch eine Zusammenschluss der Fraktionen „Einheit“ und „Vaterland- Ganz Russland“ im Dezember 2001.

Durch diese Ereignisse ist sichtbar, dass die Partei „Einiges Russland“ mit Putin entstanden ist und eine erfolgreiche Antwort der Regierung auf die oppositionellen Versuche gegen Jelzins Politik war.

Die Bevölkerung hat mit Putin, im Gegensatz zu Jelzin, einen starken, autoritativen und entschlossenen Führer bekommen.

4.3.2. Vertikale der Macht

Nach Definition von Mommsen/Nußberger ist die Vertikale der Macht folgendermaßen definiert:

„Der Begriff „Vertikale der Macht“ oder kurz „Vertikale“ bezieht sich auf die strikte Kommandokette, die sich vom Kreml ausgehend über alle staatlichen Organe erstreckt. Der Befehl zur Ein- oder Unterordnung trifft alle wichtigen Einrichtungen der staatlichen Macht, ob föderales Parlament oder regionale Oberhäupter. In der Regel geht ihre Entmachtung mit der Schaffung bedeutungsloser institutioneller Klone einher.“⁷⁴

Durch das Erschaffen der Vertikale der Macht ist das politische System Russlands absichtlich in eine stark gelenkte Demokratie transferiert.⁷⁵

Den Unterschied zum System unter Jelzin machten bei Putin die gewaltenteilende Mechanismen aus wie auch ein komplett anderes Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie. Das Ziel Putins war eine Präsidentenvertikale mit einer strikten Befehlskette, die von oben nach unten geht.⁷⁶ Mommsen/Nußberger weisen auf eine Pressekonferenz hin, die im Juni 2003 stattgefunden hat, wo Putin

⁷⁴ Mommsen/Nußberger (2007), S. 32

⁷⁵ Vgl. Krastew (2006), S. 52-62

⁷⁶ Vgl. Mommsen (2003), S. 65

hingewiesen hat, dass alle andere Formen des Regierens, außer einer präsidentiellen Form, für Russland nicht in Frage kommen sollten, weil Russland multinational und kompliziert zusammengesetzt ist.⁷⁷

Genau diese Einstellung hat dazu geführt, dass Putin eine Mehrheit in der Duma erhalten konnte und somit eine präsidentielle Form des Regierens etablieren konnte. Die traditionellen Werte fanden wieder den Weg in die russische Politik zurück und Putin etablierte sich als ein „Man für das Volk“.

Die demokratischen Einrichtungen wurden langsam und systematisch geschwächt und anstatt richtigen Institutionen fanden ihre Surrogate den Weg zur politischen Spitze.

Um Russland in die gewünschte Richtung zu reformieren, eröffnete Putin mehrere Fronten, wo der Kampf für Umstrukturierung begonnen hat.

Das erste Feld wo die Veränderungen notwendig waren sind die Regionen. Wie Mommsen/Nußberger schreiben, wurde der Kampf auf zwei Fronten geführt.⁷⁸ Die Generalgouverneure wurden als neues Organ etabliert, das die Aufgaben hatte für die Regierung zu arbeiten. Die Gouverneure wurden als eine Art Kontrollorgan eingesetzt und waren direkt den Präsidenten gegenüber verantwortlich. Sie hatten die Aufgabe für das Zentrum, für den Präsidenten zu agieren und für die Umsetzung der Ideen und Pläne des Zentrums in den Regionen zu sorgen.

Logischer Weise war der Föderationsrat der nächste Platz, wo dringend Veränderungen notwendig waren. Da die Mitglieder des Föderationsrates der Ära Jelzin auch die regionalen Führungskräfte und Gouverneure waren, die auch ein Vetorecht hatten, musste Putin dieses Organ und die regionale Kräfte so bald wie möglich entmachten.

Deshalb wurde ein neues Gesetz eingeführt, das „... ab 1. Januar 2002 nur noch weisungsgebundene ständige Delegierte der Oberhäupter der regionalen Exekutive

⁷⁷ Vgl. Mommsen/Nußberger (2007), S. 35

⁷⁸ Vgl. Mommsen/Nußberger (2007), S. 36

*und Legislative im Föderationsrat vertreten sein sollten, hingegen nicht mehr die regionalen Spitzen selbst, die als politische Schwergewichte in Moskau gefürchtet waren.*⁷⁹

Das neue Gesetz wurde ohne Probleme mit großer Mehrheit der Stimmen von der Staatsduma verabschiedet.⁸⁰

Um die Gouverneure zufrieden zu stellen, bot der Präsident eine Alternative an. Es handelt sich hier um die Schaffung eines neuen Staatrates, wo die Gouverneure anstatt nur zwei, wie vorher, für drei oder vier Amtsperioden an der Macht sein konnten und dadurch mit dem Präsidenten kommunizieren konnten. *„Man machte sich lustig über die „Traumfabrik“ oder über den „exklusiven Club der Gouverneure.“*⁸¹

Durch die Tagungen, die auch pompös inszeniert waren, hatte Präsident Putin die Möglichkeit die politischen Ideen zu vermitteln und die Gouverneure hatten durch die Debatten das Gefühl, auf die Politik Einfluss zu haben. In Wirklichkeit war der Staatsrat *„...eine Institution, die als glanzvolles Forum präsidienteller Machtentfaltung perfekt in das archaische „Russische System“ hineinpasst.“*⁸²

Der Föderationsrat hingegen hatte seinen ehemaligen Einfluss komplett verloren. Die Delegierten, die als Mitglieder des Rates für regionale Fragen verantwortlich waren, hatten oft mit ihren Regionen wenig bis gar nichts zu tun.

Mommsen schreibt: *„ Der Föderationsrat wurde in Putins gelenkter Demokratie zu einer „gelenkten Institution“ par excellence.“*⁸³

Wie der Föderationsrat hat auch die Staatsduma viel an Einfluss verloren und im Laufe der Amtszeit von Präsidenten Putin stark an Macht verloren.

⁷⁹ Mommsen/Nußberger (2007), S. 37

⁸⁰ Vgl. Wiest (2003), S. 328

⁸¹ Mommsen (2003), S. 79

⁸² Mommsen/Nußberger (2007), S. 38

⁸³ Mommsen (2003), S. 112

4.3.3. Staatsduma und Vertikale der Macht

Während der Amtszeit von Präsident Jelzin waren die Beziehungen zwischen dem Präsidenten und der Staatsduma durch eine gesunde politische Konfrontation gekennzeichnet. An diese Stelle trat während der Amtszeit Präsident Putins eine Vormundschaft der Präsidentialadministration gegenüber den Abgeordneten, die sich der Regierung gegenüber verpflichtet fühlten.

Da die Abgeordneten gesehen haben, dass ihr Einfluss ohne Unterstützung der Regierung nur weiter sinken wird, sind die Abgeordneten der zahlreichen Kremlparteien abgewandert.

Die Wahlen in Dezember 2003 lieferten die beeindruckenden Zahlen der Abwanderung der Abgeordneten zu Kremlparteien. 310 von 450 Dumasitzen waren von den Mitgliedern von „Einiges Russland“ besetzt. Somit ist der 37-prozentige Anteil an Wählerstimmen auf zwei Drittel der Abgeordnetensitze für „Einiges Russland“ gestiegen.⁸⁴ Dumaabgeordnete Wiktor Scheinis formulierte die Ereignisse nach der Wahl 1999 wie folgend: *„Anstatt, dass das Parlament die Regierung bildete, war es die Regierung, die sich für sich und unter ihrer Führung ein Parlament schuf.“*⁸⁵

Dank dieser Ereignisse hatte der Präsident die Mehrheit der Abgeordneten in der Staatsduma, die Gesetze problemlos verabschiedeten und somit die Legislative stark steuerten.

Da „Einiges Russland“ bei den Wahlen 2004 als Partei von Administration und vom Präsidenten Putin ziemlich stark ignoriert wurde, wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das den Inhabern der hohen Ämter zulässt, Mitglied einer Partei zu sein.

⁸⁴ Vgl. Wiest (2004), S. 2-4

⁸⁵ Mommsen (2003), S. 91

Das Prinzip auf dem die vertikale Macht beruht, regelt nicht nur die Verhältnisse zwischen Legislative und Exekutive, sondern auch die Befehlsströme die in allen Organen von oben nach unten gehen.

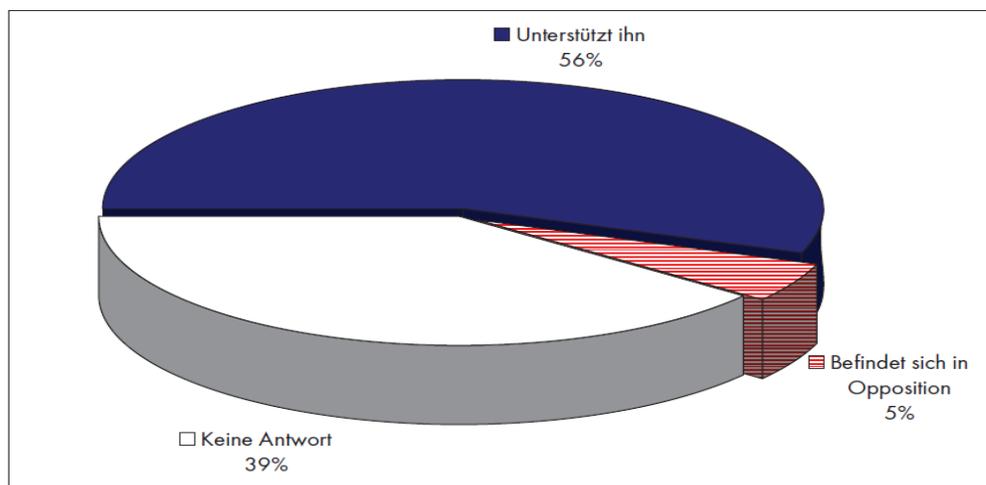
Wie Mommsen /Nußberger meinen: *„Ein terroristischer Überfall, der Anfang September 2004 auf eine Schule im nordossetischen Beslan verübt wurde, bot den Anlass, die Vertikale erneut zu straffen.“*⁸⁶

Teil dieser Straffung war auch ein Abschaffen der Volkswahl der regionalen Oberhäupter. Die Oberhäupter sollten demnächst vom Präsidenten der Föderation gewählt werden und von regionalen Parlamenten bestätigt werden.

4.3.4. Partei der Macht in Vertikale der Macht

Wie groß die Rolle der „Partei der Macht“ in Russland durch eine perfekte Maschinerie Putins geworden ist, zeigen folgende Tabellen und Grafiken.

Grafik 1: Unterstützt die Partei „einiges Russland“ in Ihrer Region den Gouverneur oder ist sie in der Opposition?



Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 14. und 15. Oktober 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0641.zip>

⁸⁶ Mommsen/Nußberger (2007), S. 44

Im Gegensatz zu Jelzin, der eine horizontale Macht aufbauen wollte und Regionen deshalb eine vom Zentrum unabhängige Macht gab, geht es hier um eine starke Lenkung der Regionen in Richtung Zentrum, wo regionale Oberhäupter stark vom Präsidenten kontrolliert und ausgewählt werden. Hier ist bei 56 Prozent der Befragten die „herrschende Partei“ in ihren Regionen „Einiges Russland“. Nur bei 5 Prozent der Befragten befindet sich „Einiges Russland“ in ihren Regionen in Opposition.

Tabelle 2 liefert die Ergebnisse auf die Frage der Interessenvertretung der Parteien in Russland.

Tabelle 2: Wessen Interessen vertritt die Partei?

	Einiges Russland	KPRF	Gerechtes Russland	LDPR	Jabloko	Union der Rechten Kräfte
Oligarchen, Bankiers, Großunternehmer	21%	5%	7%	13%	19%	10%
Direktorenkorps, Manager	19%	5%	8%	9%	11%	9%
Föderale und regionale Bürokraten	20%	4%	9%	12%	10%	7%
„silowiki“ - Angehörige der Machtapparate	16%	2%	4%	6%	4%	3%
Kultur- und Wissenschaftselite	7%	3%	4%	3%	6%	12%
Mittelschicht	15%	8%	10%	10%	9%	10%
Intelligenz (Ärzte, Lehrer, Ingenieure usw.)	12%	11%	8%	4%	5%	10%
„Einfache Leute“	15%	26%	14%	8%	3%	3%
Arme Leute, Arbeitslose	4%	20%	8%	5%	2%	2%
Alle ohne Ausnahme	16%	9%	7%	9%	4%	4%
Keine Antwort	20%	38%	47%	44%	50%	49%

Quelle: Auswertung der Lewada-Umfragen durch Lev Gudkov <http://www.polit.ru/research/2007/11/26/itogi.html>

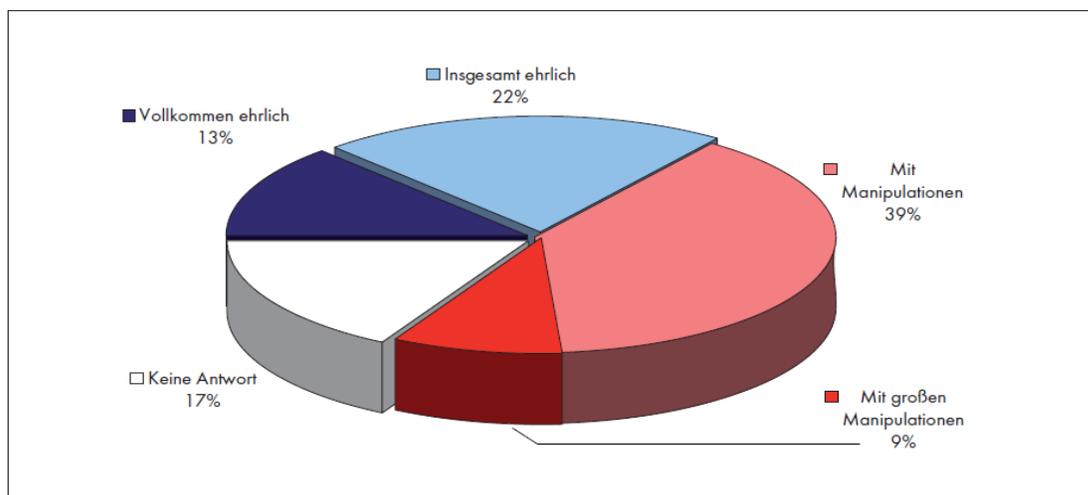
Fokussiert auf die Partei der Macht „Einiges Russland“ sieht man, dass sie am besten die Interessen der Elite und Bürokraten vertritt. Arbeitslose und Kultur und Wissenschaftselite fanden ihre Interessen bei der stärksten und herrschenden Partei

in Russland am geringsten mit 4 Prozent und 7 Prozent vertreten. Im Gegensatz zu demokratischen Gesellschaften sind hier die Armen und Wissenschaftselite am stärksten benachteiligt.

Wenn es um die Manipulation der Wahlen geht, ist sich die Bevölkerung einig, dass die Wahlen in Russland nicht ohne Manipulation stattfinden.

Die Tabelle 3 zeigt die Meinung der Bevölkerung über die Manipulationsfragen und liefert auch die Meinungen zugunsten welcher Partei am meisten manipuliert wurde.

Grafik 3: Werden die Wahlen ehrlich sein, ohne Einsatz administrativer Ressourcen und Manipulation der Ergebnisse?



Quelle: Auswertung der Lewada-Umfragen durch Lev Gudkov <http://www.polit.ru/research/2007/11/26/itogi.html>

Die Daten zeigen, 48% der Befragten meinen dass die Wahlen nicht ehrlich die Meinung der Bevölkerung widerspiegeln. Von diesen 48% meinen 9%, dass es bei den Wahlen große Manipulation gibt, während 39% meinen, dass bei den Wahlen nur manipuliert wird.

Beeindruckender davon sind nur die Meinungen der Bevölkerung zugunsten welcher Partei am meisten manipuliert wird.

Tabelle 3: Zugunsten welcher Partei wird manipuliert werden?

Einiges Russland	42%
Gerechtes Russland	6%
LDPR	8%
KPRF	6%
Union der Rechten Kräfte	3%
Jabloko	3%
Andere	1%
Keine Antwort	47%

Quelle: Auswertung der Lewada-Umfragen durch Lev Gudkov <http://www.polit.ru/research/2007/11/26/itogi.html>

Von den 48%, die meinen, dass bei den Wahlen manipuliert wird, sind sich mit 42% einig, dass am meisten, mit krassen 42% für die Partei „Einiges Russland“ manipuliert wird. Alle anderen Parteien auf der Liste hatten weniger als 10% bei der Frage der Manipulation erreicht.

4.3.5. Wahlgesetz- und Parteiengesetzänderung

Ende des Jahres 2004 sind zwei neue Gesetzesnovellen in die Staatsduma eingebracht worden. Hier handelte sich um Vorschläge für die Änderungen des bestehenden Wahl- und Parteiengesetzes. Da die Gesetze 2005 erfolgreich von der Staatsduma verabschiedet worden sind, hat sich die Situation auf der politischen Szene in Russland wesentlich verändert.

Welche Veränderungen vom Präsidenten vorgesehen wurden und welche Folgen für das russische System daraus entstanden sind, zeigt sich in diesem Kapitel.

4.3.5.1. Parteiengesetzänderung

Die erste Gesetzesnovelle, die Ende 2004 in die Staatsduma eingebracht wurde, sah Veränderungen des in 2001 verabschiedeten Gesetzes „Über die politischen

Parteien“, vor. Der Vorschlag wurde von drei Fraktionen in die Staatsduma eingebracht: „Einheit Russlands“, „Vaterland“ und LDPR.⁸⁷

Die Veränderungen, die dieses neue Gesetz vorgebracht hat, beziehen sich auf die Anerkennung der Organisationen als Parteien und Parteienfinanzierung.

Die Schwelle für die Anerkennung einer politischen Organisation als Partei wurde wesentlich gehoben. Wie es Golosov zusammengefasst hat: *„Wenn eine Organisation nach der Gesetzesfassung von 2001 mindestens 10.000 Mitglieder haben musste, um als Partei anerkannt zu werden, so beträgt diese Zahl jetzt 50.000.“*⁸⁸ Auch auf der regionalen Ebene mussten die Parteien in mindestens der Hälfte der Regionen 500 registrierte Mitglieder vorweisen.

Falls diese Bedingung nicht erfüllt werden konnte, gelten die Organisationen nicht als politische Parteien und sind somit nicht bei regionalen oder föderalen Wahlen zugelassen.

Alle Parteien die, nach dem neuen Gesetz ihren Parteienstatus nachweisen können, haben das Recht auf eine staatliche Finanzierung. Die Höhe der Finanzierung ist wesentlich gestiegen im Vergleich zu 2001, und wird nach der Zahl der erhaltenen Stimmen bei der Wahl an die Parteien übergeben.

Zusammen mit der Parteiengesetzänderung wurde auch das Wahlgesetz in Russland geändert.

4.3.5.2. Wahlgesetzänderung

Die Änderung des Wahlgesetzes hat eine grundlegende Veränderung des Wahlsystems in Russland mit sich gebracht. Bis zu dieser Veränderung galt in Russland ein gemischtes Wahlsystem, nach dem die Hälfte der Abgeordneten

⁸⁷ Vgl. Golosov (2005), S. 2

⁸⁸ Golosov (2005), S. 2

durch Verhältniswahl nach Parteienlisten und die andere Hälfte in Einzelwahlkreisen mit einfacher Mehrheit in die Staatsduma gewählt werden konnte.

Dieses Mischsystem wurde durch ein reines Verhältnissystem ersetzt. Das bedeutet, dass alle 450 Sitze in der Duma an die Parteien die die Sperrhürde überwinden konnten verteilt wurden.

Die Sperrhürde wurde mit dem neuen Gesetz auch wesentlich, von 5% auf 7% gehoben.

Die Parteien, die die 7% Hürde nicht überwinden konnten, hatten zwei Möglichkeiten die Sitze in der Duma zu erhalten⁸⁹:

- Wenn alle Parteien die die 7% Hürde überwunden haben, weniger als 60 Prozent der Stimmen erhalten konnten. In diesem Fall erhalten die Parteien die Mandate in absteigender Reihenfolge bis die Summe von 60% übertroffen ist.
- Wenn nur eine Partei die 7% Hürde überwindet, selbst wenn sie mehr als 60% der Stimmen erhalten hat. In diesem Fall wird von den Parteien, die die 7% Hürde nicht überwunden haben, die erfolgreichste zugelassen.

Die Personen, die keine Mitglieder einer Partei sind, können auch auf Parteienlisten zugelassen werden, jedoch darf der Anteil dieser Personen auf einzelnen Listen nicht 50% überschreiten. Ob eine Person in die Liste der Partei zugelassen wird, entscheiden die Parteien selbst.

Mit dieser Veränderung hat sich die Form der Parteienlisten jedoch nicht geändert. Sie blieben geschlossen, was bedeutet, dass der Wähler nur für die Partei als Ganzes stimmen kann.

Durch das neue Wahlgesetz wurden die Mindestbeteiligung von 25% wie auch eine Möglichkeit „gegen alle“ zu stimmen abgeschafft.

⁸⁹ Vgl. Golosov (2005), S. 2-3

Die einzigen Organisationen, die zu Wahlen zugelassen sind, sind politische Parteien, die dem neuen Parteiengesetz entsprechend gebildet wurden.

4.3.6. Folgen und Ziele der Veränderungen

Die Veränderungen, die das russische System mit neuen Gesetzen durchmachen musste, sind klarerweise eng mit der Verfolgung der konkreten politischen Ziele verbunden. Die einzige politische Partei, die gegen beide Gesetze gestimmt hat, war die Kommunistische Partei.

Die politischen Ziele und Folgen dieser Veränderungen lassen sich in drei groben Punkten beschreiben⁹⁰:

- Das erste Ziel ist die Stärkung der Rolle der politischen Parteien und ihr Schutz vor parteilosen Politikern, die durch das neue Gesetz entfernt sein sollen. *„Der Hauptgrund hierfür ist das präsidentiale System in dem die Verbindung zwischen Politiker und Partei ein zweitrangiger Kanal für seinen Einfluss auf den Entscheidungsprozess ist.“*⁹¹ Durch die Zulassung der unparteilichen Kandidaten wurde die schon schwache Rolle der politischen Parteien noch wesentlich geschwächt. Zu diesen unparteilichen Kandidaten zählen meistens die Eliten und Oligarchen, die auch in diese Weise nur mit eigenen Ressourcen und ohne politische Parteien die Macht erlangen konnten. Der Status dieser Kandidaten, sobald sie in der Duma sitzen, ist wesentlich anders als der Status von Parteienmitgliedern, da diese stark von der Partei abhängig sind. Ihre eigenen Ressourcen bewahren sie von der Parteienführung und begrenzen somit die Kontrolle der Parteien über die Gesetzgebung. Durch das neue Gesetz ist die Rolle der Parteien von solchen Einflüssen geschützt und kurzfristig auch gestärkt.
- Durch das neue Gesetz wurde auch der Einfluss der Regionen, der unter Präsident Jelzin sehr stark war, verringert. Da die regionalen Abgeordneten

⁹⁰ Vgl. Nußberger/Merenkov (2007), S. 5

⁹¹ Golosov (2005), S. 3

- stark von lokalen Interessen und einer Lobbyarbeit abhängig waren, die aber oft nicht den Parteienlinien entsprach, sollte durch das neue Gesetz die Rolle der Parteien gestärkt werden, um mehr zum Prozess der Zentralisierung beizubringen. Dadurch sind die Parteien auf föderale Ebene viel stärker und unabhängiger von den Regionen.
- Als dritter Punkt kann die Verringerung der Zahl der politischen Parteien eingeführt werden. Kurz vor der Wahl für die Staatsduma 2007 konnte man in Russland nur 17 registrierte Parteien finden. Im Vergleich zum Jahr 2003, also vor dem Entwurf des neuen Gesetzes, existierten in Russland 27 registrierte politische Parteien und fünf Wahlblöcke, in denen sich weitere 12 Parteien und eine „gesellschaftliche Bewegung“ befanden.⁹² Wie Golosov meint: *„Es ist offenbar, dass gerade dies das Ziel des Parteiengesetzes ist, da 50.000 Mitglieder für Russland mit seiner atomisierten Gesellschaft und fast völligem Fehlen von Bürgeraktivität eine hohe Messlatte ist.“*⁹³

In diesem Fall sind beide neuen Gesetze absichtlich zur Eliminierung von kleinen Parteien geschaffen worden. Vor allem waren es die kleinen Parteien, die von der 5% Hürde und von der Bildung der Wahlblöcke, als einzige Möglichkeit in die Staatsduma zu kommen, profitiert haben.

Kurzfristig diente das Gesetz dazu, die Rolle der politischen Parteien zu stärken, in dem die Politiker dadurch an die Parteien gebunden sein mussten. Langfristig ist es sichtbar, dass von den beiden Gesetzen am meisten die „Partei der Macht“ profitiert hat. „Partei der Macht“ hat dadurch die Kontrolle der Staatsduma komplett erhalten und ist sich auch, was die zahlreichen Umfragen bestätigen, dass sie die Mehrheit der Wählerstimmen gewinnen kann.

Golosov schreibt diesbezüglich: *„ Wenn es nicht dazu kommt, aber „Einiges Russland“ (oder eine andere von der Regierung kontrollierte Partei) keine Mehrheit erringen kann, wurde ich vermuten, dass das Wahlgesetz für die restliche Zeit bis*

⁹² Vgl. Stykow (2007), S. 3

⁹³ Golosov (2005), S. 3-4

2007 unter dem einen oder anderen Vorwand geändert wird. Dafür reicht eine einfache Mehrheit in der Duma aus.⁹⁴

5. Aktuell wichtige Parteien

Die Parteien, die ich auf folgenden Seiten vorstellen werde, sind die Parteien, die vor allem in den Duma Wahlen im Jahr 2003 und 2007 eine bedeutende Rolle auf der politischen Szene gespielt haben.

Wie G. Michaleva meint, lassen sich in Russland bedeutende politische Parteien in vier großen Gruppen einteilen⁹⁵:

- **Administrative Projekte:**

Darunter zählen die Parteien, die *„zur Festung ihrer Spitzenpolitiker und der Vortäuschung eines entwickelten Parteiensystems dienen: die Agrarpartei, die Volkunion, die Russische Partei für Frieden und Einheit, die Partei der sozialen Gerechtigkeit.“*⁹⁶ Von allen hier genannten Parteien spielte nur die Agrarpartei bei den Duma Wahlen eine bedeutende Rolle und deshalb wird sie hier detaillierter bearbeitet.

Agrarpartei Russlands (APR)

Diese Partei wurde im Jahr 1993 gegründet. Ihr Gründer war Michail Lapshin, der auch selbst die Partei bis 2004 führte.⁹⁷

Die Ideologie und die Grundideen der Partei sind:

- Der Schutz der Rechte aller Personen, die im Agrarbereich arbeiten

⁹⁴ Golosov (2005), S. 4

⁹⁵ Vgl. Michaleva (2007), S. 10

⁹⁶ Michaleva (2007), S. 11

⁹⁷ Vgl. <http://www.russiaprofile.org/resources/political/Majorparties/agrarian/>

- Wachstum und verbesserte Arbeitsbedingungen im Agrarbereich
- Besserer Schutz der Agrarberufe
- Eine stärkere Repräsentation auf einem staatlichem Niveau

Das generelle Programm orientiert sich hauptsächlich an Agrarberufe und fördert eine stärkere Interessenvertretung dieser auf einem staatlichen Niveau. Das ländliche Leben, meint die Partei, ist durch die ökonomischen Veränderungen unterdrückt worden und braucht mehr Aufmerksamkeit auf einem staatlichen Niveau.

- **Administrative Parteien**

Unter administrativen Projekten versteht Michaleva die Parteien, die als Hauptunterstützung des Präsidenten dienen und unterschiedlich stark vom Kreml unterstützt sind.⁹⁸ „Es handelt sich hier um Parteien, die jeweils kurz vor anstehenden Dumawahlen durch die Bürokratie als *„Wahlmaschinen aus dem Boden gestampft werden, um das Elektorat kurzzeitig zu mobilisieren. Ihre Wahlerfolge beruhen auf der Nutzung der so genannter „administrativer Ressourcen“: Geschart um prominente Politiker der föderalen bzw. regionalen Exekutiven...in dem sie auf die professionelle, materielle, finanzielle und logistische Ausstattung von Amtsinhabern zurückgreifen und professionell PR-Unternehmen engagieren.*“⁹⁹

Zum ersten Mal nach dem Untergang des kommunistischen Regimes durfte sich die föderale Exekutive in Russland auf eine *„unerschüchterlich funktionierende parlamentarische Maschinerie stützen“*,¹⁰⁰ die hauptsächlich durch die Unterstützung des Kremls erfolgreich sein kann.

Zu diesen Parteien zählen: „Einiges Russland“, „Gerechtes Russland“ und „Liberaldemokratische Partei“, die auch bei beiden Duma Wahlen (im Jahr 2003 und 2007) eine wichtige Rolle für den damaligen Präsidenten gehabt haben.

⁹⁸ Vgl. Michaleva (2007), S. 10

⁹⁹ Stykow (2006), S. 2-3

¹⁰⁰ Stykow (2006), S. 2

Einiges Russland (Edinaja Rossija)

Die Gründung dieser Partei erfolgte im Jahr 2002, durch eine Vereinigung der Blöcke „Vaterland-Ganz Russland“ und „Einheit“, die beide als eine Konstruktion der Regierung geschaffen worden sind. Nach eigenen Parteiangaben hat die Partei zurzeit mehr als 2.000.000 Mitglieder.

Nach den Parlamentswahlen im Jahr 1999, entschlossen sich die beiden Organisationen für eine Vereinigung, um somit einen starken Gegner für die Kommunistische Partei zu bilden.¹⁰¹ Mit dieser Allianz haben die beiden Organisationen eine der stärksten Fraktionen gebildet.

Zu wichtigsten Organen der Partei zählen¹⁰²: Parteitag, der Zentrale Politische Rat und Generalrat. Der Parteitag ist das wichtigste und höchste Organ der Partei und entscheidet hauptsächlich über die Entwicklung von Parteiprogrammen. Der Zentrale Politische Rat hat die Aufgabe zwischen Parteitagen die Leitung der Partei zu übernehmen und der Generalrat hat die Aufgabe die Leitung des Exekutivkomitees auszuwählen.

Die Partei hat meistens die Programme die ideologisch am besten dem politischen Zentrum zugeschrieben werden können, und die Partei selbst versteht sich als eine zentrale Partei.

Die Begründung dafür liefert die Partei selbst mit der Erklärung, dass sich die meisten Wähler mit einer zentralistischen Ideologie gewinnen lassen, weil sie am besten den breiten Menschenmassen zusagt.

Die Partei setzt sich auch für ein stärkeres Wirtschaftswachstum, die Verbesserung der Lebensbedingungen für alle, für soziale Sicherheit, Stärkung und Professionalisierung der Armee, freie Wahlen und eine Kontrolle der Massenmedien seitens der Gesellschaft ein.¹⁰³

¹⁰¹ Vgl. Glass (2003), S. 4

¹⁰² Vgl. Glass (2003), S. 4

¹⁰³ Vgl. Glass (2007), S. 4

„Einiges Russland“ genießt die große Unterstützung in den elitären Kreisen der russischen Gesellschaft. Im Jahr 2006 gehörten fast zwei Drittel der 88 Gouverneure zu dieser Partei.

Beeindruckend ist auch die Tatsache, dass 107 von 178 Mitgliedern des Föderationsrates, eines Oberhauses des Parlaments, zu dieser Partei gehörten.¹⁰⁴

Bekannt als „Partei der Macht“, konnte sich die Partei als allererste Partei solchen Kalibers etablieren.

Gerechtes Russland

Die Partei wurde im Jahr 2006 gegründet und zählt zurzeit mehr als 400.000 Mitglieder.¹⁰⁵

Die Partei wurde als links-zentristische Kraft zu der rechts-zentristischen Partei „Einiges Russland“ geschaffen.¹⁰⁶ Die Partei entstand durch die Vereinigung dreier Parteien, nämlich „Rodina“, „Partei der Pensionisten“ und „Partei des Lebens“ .

Sie wirbt unter anderem mit der Aussage „Das Leben gerechter machen“ und tritt für die Verdreifachung der Löhne, Vervierfachung der Pensionen, Ausbau der gemeinschaftlichen Wohnungen und die Einführung der Luxussteuer ein.

Diese Partei zeigt sich als pro Kreml orientierte Partei so, dass die Gerüchte, dass die Partei von der Partei Einiges Russland diskriminiert wird, nicht nachvollziehbar sind.¹⁰⁷ Die Partei wurde seitens der Regierung konstruiert, um den Stimmenfang der gegnerischen Parteien, zugunsten des Putin Lagers, noch zu bestärken.

Die Parteifinanzierung erfolgt meistens durch verschiedene Bauunternehmen, die in die mittelständische Klasse gehören.

¹⁰⁴ Vgl. Stykow (2006), S. 2

¹⁰⁵ Vgl. http://www.spravedlivo.ru/information/party_english/english_foreword/

¹⁰⁶ Vgl. Mommsen (2010), S. 440

¹⁰⁷ Vgl. Wilson (2007), S. 3

Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)

Die „Liberal-Demokratische Partei Russlands“ wurde schon im Jahr 1989 gegründet, hat aber damals den Namen Liberal-Demokratische Partei der Sowjetunion (LDPSU) getragen. Im Jahr 1992 ändert die Partei den Namen in LPDR.

Die Spitzengremien der Partei sind der Oberste Rat und Parteitag. Der Vorsitzende der Partei ist automatisch Mitglied des Obersten Rates, der wiederum vom Parteitag gewählt wird.¹⁰⁸

LDPR gilt als eine rechtskonservative und ultranationalistische Partei der Mitte, was sich auch in ihrem Programm widerspiegelt. Das Ziel ist ein reiches Russland, ein demokratisches System, starker Patriotismus, starke Armee, Militär und Geheimdienste. Wenn es um die liberalistischen Einstellungen der Partei geht, sind diese sehr schwach.

Die Partei setzt sich für die Stärkung der Russen gegenüber nicht russischen Ethnien ein und propagiert die Befreiung der russischen Medien von der westlichen Propaganda.

Wie Glass meint *„...ist der Begriff Patriotismus Deckmantel für einen Rechtspopulismus, der extrem nationalistische, teilweise auch antisemitische Züge aufweist.“*¹⁰⁹

Der Zweck der Partei wurde oft in Frage gestellt, weil das Lager Putin stark genug ist und keine zusätzlichen Fraktionen, die eine verfassungsändernde Mehrheit in Parlament bringen kann, braucht.¹¹⁰

¹⁰⁸ Vgl. Wilson (2007), S. 3

¹⁰⁹ Glass (2003), S. 7

¹¹⁰ Vgl. Glass (2003), S. 11

- **Täuschungsprojekte**

Diese Parteien sind „von Kreml dazu geschaffen wurden, der Opposition ihre Wählerstimmen wegzunehmen...“¹¹¹

Hierfür für die Dumawahlen 2003 und 2007 relevante Partei war die „Union der rechten Kräfte (SPS)“.

Union der rechten Kräfte (SPS)

Die Partei wurde im Jahr 1999, kurz vor den Dumawahlen gegründet und stellt ein Bündnis von mehreren kleinen Parteien dar. Das höchste Organ dieser Partei ist der Parteitag. Durch den Parteitag erfolgen dann die Wahlen für Revisionskommission und den Föderalen Politischen Rat als auch für antretenden Präsidentschaftskandidaten.

Die Partei gilt als einer der wichtigen Projekte, die ihre Aufgabe darin sieht, Stimmen der Opposition wegzunehmen.

Als primäre Aufgabe hat die Partei „*Russland vor der wiederauflebenden kommunistischen Bedrohung zu schützen und die erreichte demokratische Ordnung zu bewahren.*“¹¹²

Das Programm propagiert die Entstaatlichung und alle Arten von Privatisierung, Demokratie mit einem Mehrparteiensystem und Meinungs- und Pressefreiheit.

Die Partei hat sich im Jahr 2008 aufgelöst. Ein Teil ihrer Mitglieder gründete eine neue Partei Namens „Gerechte Sache“.

¹¹¹ Michaleva (2007), S. 11

¹¹² Glass (2003), S. 5

- **Echte Oppositionsparteien**

Unter diesen Parteien sind die Parteien gemeint, die sich für die Veränderungen in Russland einsetzen und von der Größe und Wählerschaft im Stande sind, einen Gegner zu repräsentieren. Dazu zählten in Russland bei beiden Dumawahlen nur zwei Parteien: die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)“ und Russische Vereinte Demokratische Partei „Jabloko“.

Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)

Die KPRF wurde im Jahr 1993 als Nachfolgepartei der KpDSU gegründet. Beim Aufbau und Entwicklung dieser Partei fallen große Kontinuitäten auf.

Die Wählerschaft der Partei war in den frühen Jahren nach der Gründung imposant, was sich bei den Dumawahlen im Jahr 2007 verändert hat und die Partei einen bedeutenden Anteil der Wähler verloren hat.¹¹³

Das führende Organ der Partei ist das Zentralkomitee.

Die Anhänger und Wähler dieser Partei gehören größtenteils der älteren Generation an, die die alten Ideen des Kommunismus immer noch vertritt wie auch die damaligen Mitglieder der KPdSU. Die Partei bemüht sich, mit frischen Ideen neue Wählergruppen zu mobilisieren und spricht vor allem Frauen und junge Menschen an.

Wie auch der Name der Partei verrät, die Parteienprogramme basieren auf einer kommunistischen Ideologie und die Partei selbst setzt sich für eine klassenfreie Gesellschaft, ein für alle vorteilhaftes Gesundheits- und Bildungssystem ein und betont den Patriotismus.

¹¹³ Vgl. Kesselmann/Krieger/Joseph (2010), S. 559

Jabloko

Als Wahlblock wurde „Jabloko“ im Jahr 1993 gegründet, aber die offizielle Gründung der Partei fand erst im Jahr 1995 statt. Da die anfängliche Konstellation der Partei zu viele innerliche Unterschiede aufgewiesen hat, wurde die Partei 1998 reorganisiert.

Führende Organe der Partei sind der Zentralrat und Parteitag, wobei der Parteitag das höchste Organ der Partei repräsentiert. Der Parteitag trifft Entscheidungen zum Parteiprogramm und bestimmt auch die Kandidaten für die Wahlen.¹¹⁴

Bis zu den Dumawahlen 2007 konnte „Jabloko“ mit geringem Stimmengewinn nicht ins Parlament ziehen. In der Vorbereitungsphase vor den Wahlen 2007 entscheidet sich „Jabloko“ für eine Union mit der Partei „Union der Rechten Kräfte“, um somit die sieben Prozent-Hürde überschreiten zu können.¹¹⁵ Durch diese Union verliert die Partei in Augen vieler ihren oppositionellen Charakter und wird oft nicht zu echten Oppositionsparteien gezählt.

Die Partei kann als liberale und sozialdemokratische Partei bezeichnet werden. Die Forderungen der Partei sind: Steuerreform, Entbürokratisierung der Wirtschaft, ein neues Rentensystem und aktiv unterstützende Familienpolitik.

6. Funktionsfähigkeit der russischen Parteien

Da das russische Parteiensystem unter Präsidenten Putin einen besonderen Anstoß in die gegen-demokratische Richtung bekommen hat, werde ich, um die Funktionsfähigkeit der russischen Parteien im politischen System zu untersuchen, die Wahlen für die Staatsduma in Jahren 2003 und 2007, die unter Präsident Putin stattgefunden haben, analysieren. Die Analyse der beiden Wahlen ist auf die politischen Parteien wie auch um die Ereignisse um die Wahlen herum, fokussiert.

¹¹⁴ Vgl. Glass (2003), S. 6

¹¹⁵ Vgl. <http://www.russiaprofile.org/resources/political/majorparties/yabloko/>

6.1. Dumawahlen 2003

Die Wahlen für das untere Haus des russischen Parlaments, die Staatsduma, fanden erstmals unter Präsident Putin am 7. Dezember 2003 statt.

Es ging um die Verteilung der 450 Sitze in der Staatsduma, die noch nach dem alten Wahlrecht aus dem Jahr 2001 verteilt worden sind. Das Wahlrecht war eine Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahl, wobei jeder Wähler zwei Stimmen zu Verfügung gehabt hat.

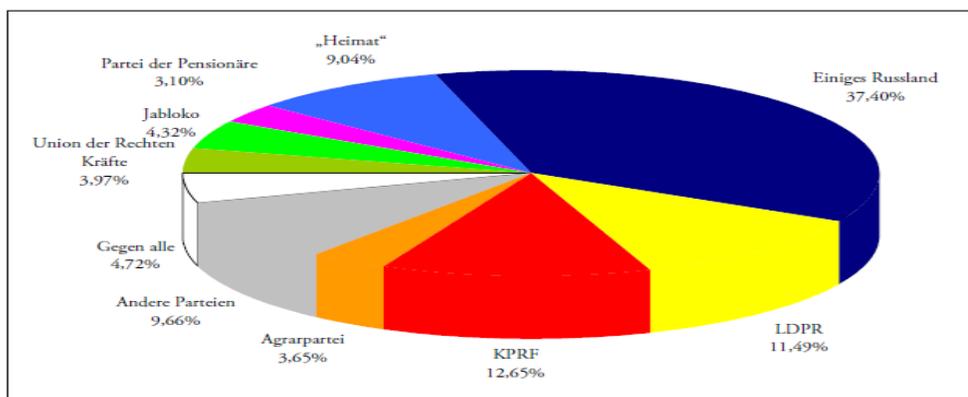
Das Wahlrecht von 2001 erlaubte die Bildung von Wahlblöcken, den Eintritt der unabhängigen Kandidaten, die bei keiner der Parteien Mitglieder sein mussten und ein Recht „gegen alle“ zu stimmen.

Beim Wahlkampf ging es um die Stimmengewinne zwischen den damals zwei stärksten politischen Parteien „Einiges Russland“ und „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“.

Als relativ junge politische Partei, die kurz vor den Dumawahlen 1999 entstanden ist, bemühte sich „Einiges Russland“ als eine „Administrative Partei“ um die Erhaltung der bestehenden Regierung und eine Sicherung der Macht der schon an der Spitze befindenden Politiker.

Die Resultate der Wahl sind in Grafik 1 dargestellt.

Grafik 1: Ergebnis der Dumawahlen 2003 (7. Dezember 2003)



Quelle: Russlandanalysen Nr.9, 12.12. 2003, S. 4

Die Wahlbeteiligung betrug 51% und wie auf der Grafik sichtbar, erhalte die administrative Partei „Einiges Russland“ die meisten der Stimmen, über 37%. Die zweit-stärkste Partei war die KPRF mit über 12% der Wählerstimmen.

Im Vergleich zur Wahl von 1999 hat die KPRF um die Hälfte der Stimmen verloren. Als Hauptursache gilt die unrechte Behandlung der KPRF in den Massenmedien, die schon im Jahr 2000 unter staatlicher Kontrolle lagen sowie die feste Haltung der Partei zu ihren Spitzenkandidat Gennadij Sjuganow.

Die meisten Stimmen der ehemaligen KPRF Wähler sind bei LDPR, einer noch an der Regierung beteiligten Partei gelandet, die ihre Stimmenteil gegenüber 1999 fast verdoppelte sowie bei der Partei der Pensionäre, die als ein administratives Projekt besonders für diesen Zweck ins Leben gerufen wurde.¹¹⁶

Die KPRF hat als einzige Oppositionspartei die 5% Hürde überschritten und konnte somit in der Staatsduma mit 52 Sitzen rechnen. „Einiges Russland“ dagegen konnte schließlich 222 Sitze in der Duma halten. Da damals eine Beteiligung an der Wahl auch für unabhängige Kandidaten zulässig war, die sich aber gleich nach der Wahl der Partei „Einiges Russland“ zusammengeschlossen haben, hatte die Partei mehr als zwei Drittel der Sitze in der Duma unter ihrer Kontrolle gehabt.

Da der Kampf zwischen diesen zwei Parteien nach zahlreichen Umfragen bis kurz vor der Wahl ein enges „Kopf an Kopf“ Rennen war, sind die Fragen zu einer Wahlmanipulation nach den Wahlergebnissen immer lauter geworden.

Obwohl die Ergebnisse der Wahl 1999 auch in Frage gestellt worden sind, hat sich die OSZE erstmals nach der Wahl 2003 zu einer öffentlichen Kritik entschieden. Die Beobachtermission der OSZE wurde von ehemaliger Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth, geführt. Wie Schröder schreibt, in ihrer ersten Stellungnahme nach der Wahl meinte Süssmuth: *„...die Wahlen zur Staatsduma verfehlten es, viele von OSZE und Europarat akzeptierten Regel für demokratische Wahlen zu erfüllen. ... Das ist eine betrübliche Entwicklung, die Russlands*

¹¹⁶ Vgl. Schröder (2003), S. 4

fundamentale Bereitschaft, sich europäischen und internationalen Standards für demokratische Wahlkriterien anzupassen, in Frage stellt.“¹¹⁷

Mit dem Ergebnis der Dumawahlen 2003, erhielt die Regierung die Möglichkeit die Staatsduma zu kontrollieren und somit auch die legislativen Entscheidungen in die gewünschte Richtung zu lenken. Die Staatsduma wurde dadurch von der Exekutive abhängig, ihr gehorsam und geschäftsunfähig.

6.2. Dumawahlen 2007

Die Wahlen für die Staatsduma im Jahr 2007 wurden sehr gut seitens der Regierung „vorbereitet“. Schon nach den Wahlen 2003 haben die Reformen der Gesetze begonnen, von denen am meisten die Partei „Einiges Russland“ profitierte.

Die Änderung des Parteien- und Wahlgesetzes verringerte die Zahl der politischen Parteien und in einer mehr oder weniger verdeckten Form ermöglichte sie einen erneuten Sieg der „Partei der Macht“.

Da die Wahlen während der zweiten und laut Verfassung, letzten Amtsperiode des Präsidenten Putin stattgefunden haben, hat sich der Präsident am 1. Oktober 2007 dazu entschlossen, als Kandidat für die Partei „Einiges Russland“ einzutreten.

Hinter diesem Ereignis verbirgt sich die strikte Verfolgung bestimmter politischer Ziele.

Da eine Präsidentschaftskandidatur nach der zweiten Amtsperiode nicht mehr möglich war, konnte Präsident Putin, im Falle eines deutlichen Sieges von „Einiges Russland“ weiter als Ministerpräsident tätig sein. Welche Vorteile diese Stelle für den Präsidenten bringen konnte, zeigte sich nach dem Ablauf seiner zweiten Amtsperiode.

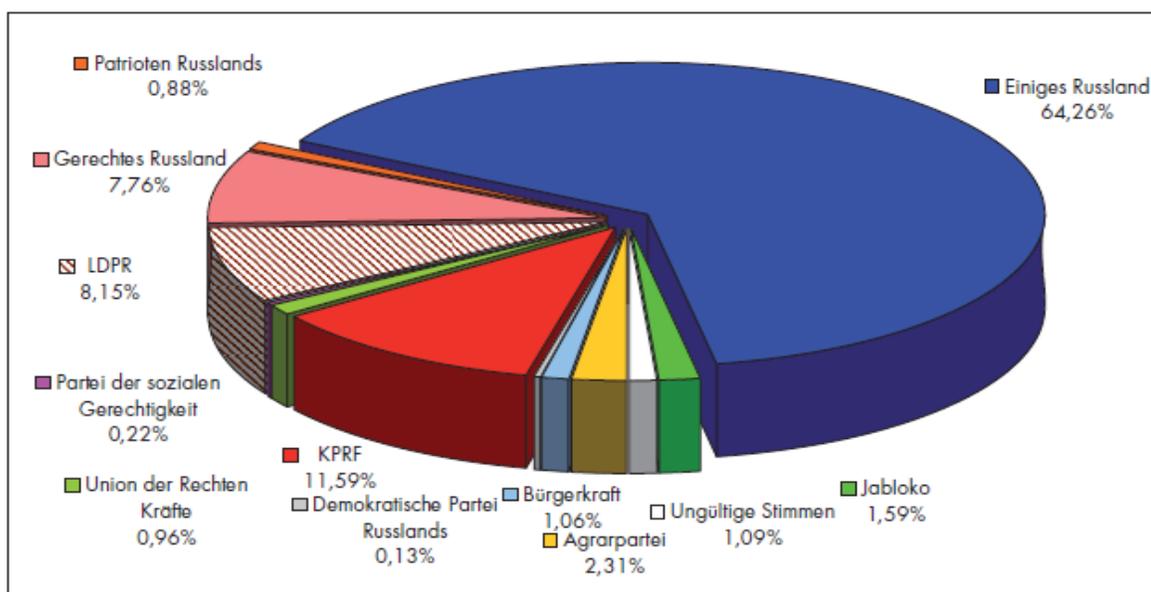
Die Tatsache, dass schon nach den Dumawahlen 2003 weit über die Zukunft gedacht wurde, wurde durch die Wahlen von 2007 bestätigt.

¹¹⁷ Schröder (2003), S. 2

Die Wahlprognosen lagen richtig, wenn es um die wichtigsten Prognosen geht so, dass ein klarer Sieg der „Partei der Macht“, in diesem Fall „Einiges Russland“ schon vor der Wahl fest stand.

Die Wahlen fanden am 2. Dezember 2007 statt, und zur Wahl wurden elf politische Parteien zugelassen.

Grafik 1 zeigt die Resultate der Dumawahl 2007.



Quelle: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100021960186&vm=100100021960181®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100021960186&type=233

Die Wahlprognosen bestätigten sich nur in zwei Fällen: wie schon vorausgesagt, konnte „Einiges Russland“ die meisten Stimmen der Wähler für sich gewinnen, über 64%, und auch die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“, mit fast 12% der Stimmen, als einzige Oppositionspartei in die Staatsduma einziehen.

Deutliche Verluste in Vergleich zur Wahl von 2003 machten die Parteien „Jabloko“ (im Jahr 2003 4,3% und 2007 1,59%), die nach keiner der Wahlen in der Staatsduma vertreten war wie auch die „Union der Rechten Kräfte-SPS“ die im Jahr 2003 4% der Stimmen und im Jahr 2007 nur 0.96% der Stimmen erreichen konnte.

Auch dieses Mal stellte sich die Frage der Wahlmanipulation.

Wie die Deutsche Welle informierte hatte sich der Europarat am Montag, dem 26. November 2007 dazu entschlossen, 55 Wahlbeobachter nach Russland zu schicken.¹¹⁸ Wegen der starken Kontrolle des Staates wie auch einer ungerechten Behandlung der Opposition, sollten die Wahlen in Russland beobachtet werden.

Die OSZE hat die Mission der Wahlbeobachtung aber abgesagt, mit der Begründung, dass russische Behörden die Arbeit der Beobachter erschweren und überhaupt nicht für eine Zusammenarbeit bereit sind.

Die oppositionellen Parteien hatten es bei dieser Wahl besonders schwer. Zahlreiche oppositionelle Demonstrationen wurden seitens der Regierung mit hoher Gewalt beseitigt. Nur in Moskau und St. Petersburg wurden während der Demonstrationen um die 200 Menschen verhaftet. Besondere Aufmerksamkeit erregte die Verhaftung des oppositionellen Führers Garry Kasparow, wie auch der beiden Führer der SPS, Boris Nemtzow und Nikita Belych, die alle für einige Tage festgenommen wurden.

Eine öffentliche Kritik an den russischen Dumawahlen, wie die Deutsche Welle berichtet hat, äußerte auch der damalige EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso: *„Ich bin sehr beunruhigt über Berichte über die Verfolgung und die Festnahme von friedlichen Demonstranten durch die Polizei. Ich bedaure sehr, dass die Behörden es für nötig hielten, so streng vorzugehen.“*¹¹⁹

Durch die Dumawahl 2007 wurden die vorgesetzten Ziele der Regierung erreicht. Durch die Anwesenheit der vier politischen Parteien in der Duma wurden die formellen Bedingungen eines Mehrparteiensystems erfolgreich vorgetäuscht.

Der Regierung nahe Parteien haben wieder eine Zwei-Drittel Mehrheit in der Duma bekommen und somit ihre Macht, auch bei dieser Wahl nochmals bestätigt und stabilisiert.

¹¹⁸ Vgl. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2972730,00.html>

¹¹⁹ <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2972730,00.html>

Als große Verlierer dieser Wahl gehen wieder die oppositionellen Parteien hervor, von denen nur den Kommunisten ein Eintritt in die Duma gelungen ist. Die Opposition generell wurde nochmals um einiges geschwächt und marginalisiert.

Gewinner der Wahl sind vor allem die „Parteien der Macht“ und Präsident Putin, der durch eine strikte Verfolgung seiner politischen Ziele auch nach dem Ende seiner Präsidentschaft eine bedeutende Figur in der russischen Politik geblieben ist.

6.3. Opposition in Russland

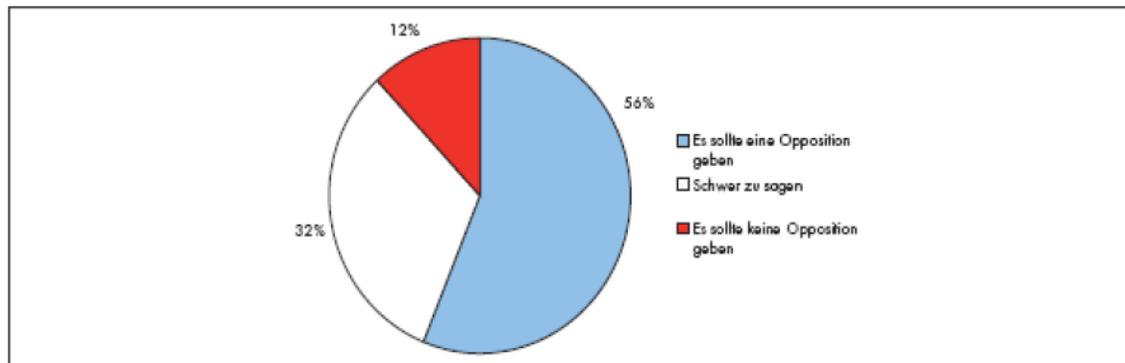
Welche Rolle die politischen Parteien in Russland spielen, zeigte sich deutlich in den vorherigen Kapiteln. Die Tatsache, dass in Russland die mächtigsten Parteien die „Parteien der Macht“, die seitens der Regierung stark kontrolliert werden, sind, zeigt deutlich, dass Russland keine Demokratie ist und ihr Parteiensystem an keinen demokratischen Maßstäben gemessen werden soll.

Um zu sehen, wie die Situation in der politischen Szene aussieht, sind im Jahr 2007 zahlreiche Umfragen bezüglich der Frage der Opposition in Russland durchgeführt worden.

Erstens die Frage, ob es eine Opposition überhaupt gibt, zeigt deutlich, dass den Parteien in Russland eine geringe Rolle, im Sinne der richtigen Parteienfunktion, zugeschrieben wird.

Die erste Grafik gibt die Antwort auf die Frage, ob es in Russland, der Bevölkerung nach, überhaupt eine Opposition geben sollte.

Grafik 1: Manche Menschen meinen, dass es in unserem Land eine Opposition geben sollte, andere denken, dass es keine Opposition geben sollte. Was ist ihre Meinung?



Quelle: Meinungsumfrage der Stiftung Öffentliche Meinung, 23.–24. Juni 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072621>

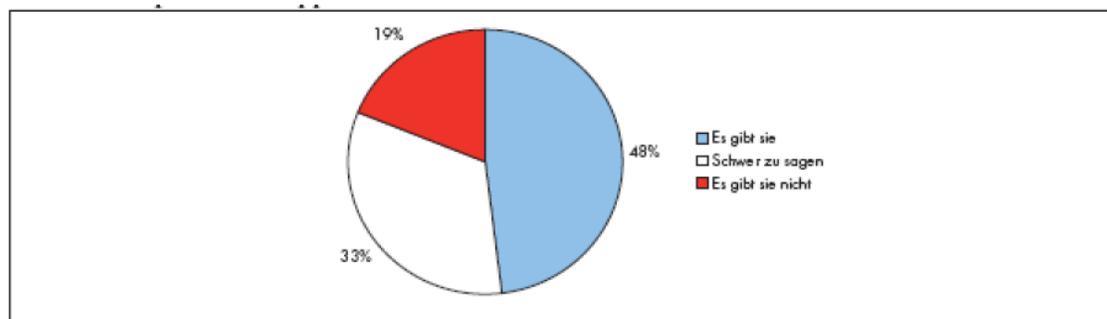
Wie die Grafik deutlich zeigt, meinen 56% der Befragten, dass es in Russland tatsächlich eine Opposition geben sollte. Diese 56% der positiven Antworten weisen darauf hin, dass das russische Parteiensystem nicht an westlichen Kriterien zu messen ist, besonders wenn eine existierende Opposition von westlichen Demokratien nicht wegzudenken ist.

32% der Befragten meinen, es ist schwer zu sagen ob eine Opposition wichtig für Russland wäre, während 12% meinen, es ist gar keine Opposition notwendig.

Die Resultate zeigen eine große Anpasstheit der russischen Bevölkerung an die politische Situation.

Die zweite Grafik gibt die Antwort auf die Frage, ob in Russland eine Opposition existiert.

Grafik 2: Gibt es eine politische Opposition oder nicht?

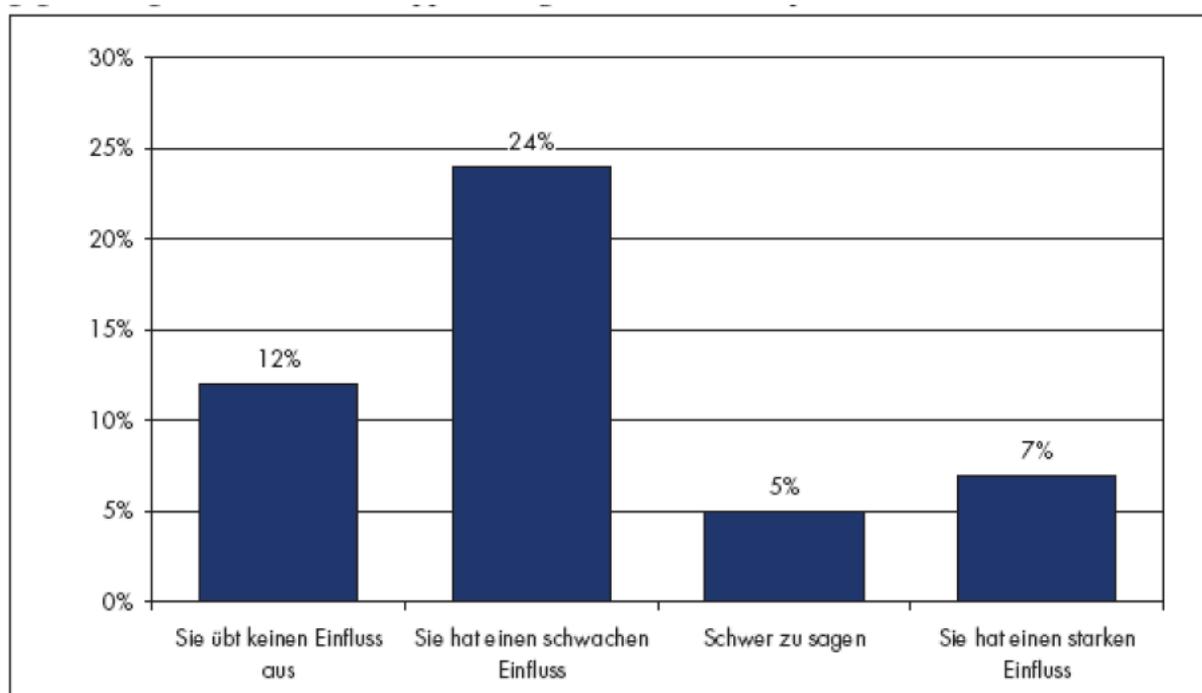


Quelle: Meinungsumfrage der Stiftung Öffentliche Meinung, 23.–24. Juni 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072621>

Auf diese Frage haben die 48% der Befragten positiv geantwortet. 33% der Befragten meinen, dass es schwer zu sagen ist, während 19 % meinen, dass es sie nicht gibt. Die Antwort auf diese Frage lässt sich zweifach erklären: da fast die Hälfte der Bevölkerung meint, dass es eine Opposition gibt ist es möglich: a) dass sich die Bevölkerung kein richtiges Bild von Politik machen kann, da alle Medien stark vom der Staat kontrolliert werden oder b) dass sich die Bevölkerung immer noch nach einer Art kommunistischem Regime sehnt, wo es sowieso keine Opposition gab.

Auf die Frage, welchen Einfluss, und ob überhaupt einen, die Opposition in Russland hat, waren die Antworten folgendermaßen.

Grafik 3: Hat die Opposition heute Einfluss auf die Lage in Russland oder nicht? Wenn ja, einen starken oder einen schwachen Einfluss? (Antworten derjenigen, die antworteten, dass es in Russland eine Opposition gibt- 48% der Befragten)



Quelle: Meinungsumfrage der Stiftung Öffentliche Meinung, 23.–24. Juni 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072621>

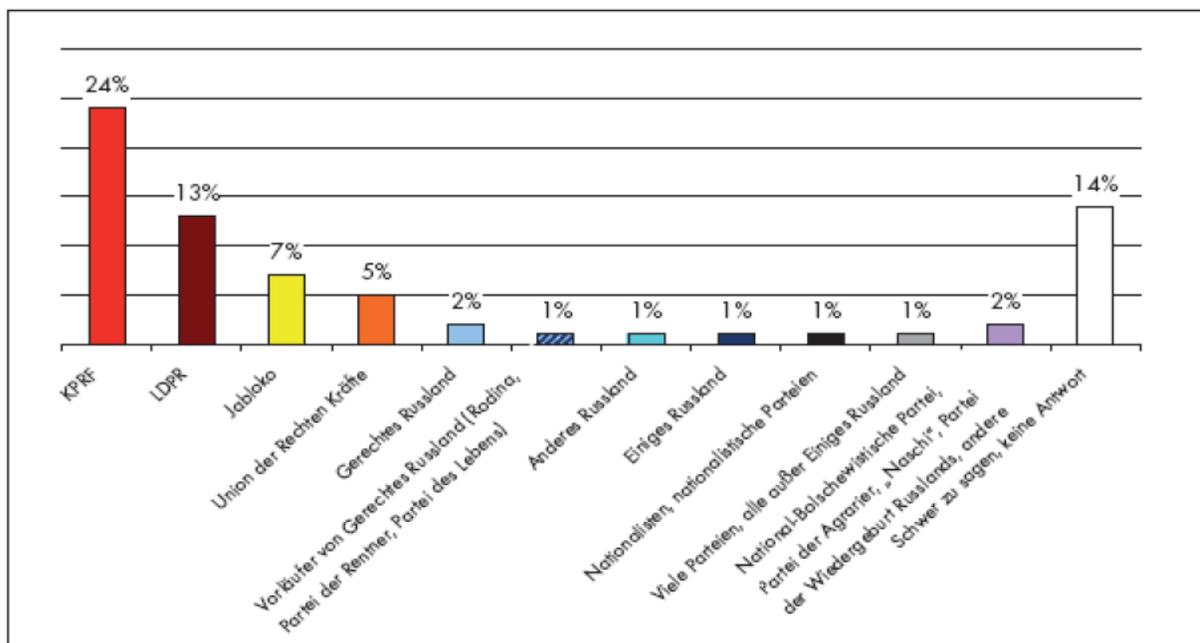
Von allen Befragten meinen 12% dass die Opposition keinen Einfluss auf die Politik in Russland hat; 24% meinen, dass sie einen schwachen Einfluss hat; 5% finden es

schwer zu sagen und 7% der Befragten meint, dass die Opposition in Russland einen starken Einfluss hat.

Die Statistiken oben zeigen deutlich, (besonders die 12% und die 24%) dass in Russland kein Parteienwettbewerb stattfindet. Wenn die oppositionellen Parteien gar keine Chance haben an die Macht zu kommen und auch in der Opposition keinen Einfluss auf die politische Entscheidungen haben, ist die Gleichheit der Parteien im System nicht vorhanden. Um ihre zugeschriebenen Funktionen erfüllen zu können, müssen alle Parteien im politischen Wettbewerb die gleichen Chancen haben.

Die vierte Grafik zeigt die Meinung der Befragten, wenn es um die Identifizierung der oppositionellen Parteien geht.

Grafik 4: Welche Parteien, politischen Bewegungen und Organisationen befinden sich Ihrer Ansicht nach in der Opposition gegen die gegenwärtige Regierung? (Offene Frage, die nur denjenigen gestellt wurde, die antworteten, dass es eine Opposition in Russland gibt)



Quelle: Meinungsumfrage der Stiftung Öffentliche Meinung, 23.–24. Juni 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072621>

Hierbei haben 24% der Befragten die KPRF als eine der Regierung von 2007 oppositionelle Partei identifiziert und somit an die Spitze der oppositionellen Parteien gebracht.

Auch die meisten Experten sind der Meinung, dass die KPRF eine (wenn nicht die einzige) oppositionelle Partei in Russland ist.

6.4. Russland nach Präsident Putin

Um die Funktion der politischen Parteien in Russland, auch nach Präsident Putin weiterhin in die von Kreml gewünschte Richtung lenken zu können, wurde schon während der ersten Amtsperiode des Präsidenten gesorgt.

Nach der Dumawahl 2003 hat die Lenkung des Systems in die gewünschte Richtung begonnen. Die erfolgreichen Resultate davon konnten am besten nach der Wahl 2007 gesehen und verstanden werden.

Da der Präsident Putin mehrmals eine Änderung der russischen Verfassung, nach der der Präsident nur zwei Mal ein Präsidenschaftsamt der Dauer von jeweils vier Jahren anstreben darf, abgelehnt hat, blieb ihm nur die Möglichkeit, als Ministerpräsident tätig zu werden, übrig.

Da seine Partei „Einiges Russland“ mehr als zwei-Drittel der Dumasitze bei der Wahl 2007 gewinnen konnte, stand Putin nichts mehr im Weg zum Ministerpräsidenten gewählt zu werden. Durch die Zwei-Drittel-Mehrheit der Sitze in der Duma hatte die herrschende Partei eine Möglichkeit ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten zu führen und somit könnte Putin wieder als Präsident in Russland tätig werden. Die Verfassung wäre damit formal befolgt jedoch aber ausgehebelt.

Dass es zu diesem Ereignis nicht kommt, obwohl genau das von vielen erwartet wurde, hat Präsident Putin selbst gesorgt. Als sein Nachfolger wurde Dmitri Medwedew gewählt. Offiziell wurde Medwedew bei den Präsidenschaftswahlen am

2. März 2008 als nächster Präsident gewählt und hat sein Amt am 7. Mai 2008 als neuer Präsident Russlands angetreten.

Die Bekanntschaft zwischen Putin und Medwedew geht bis in die 90er Jahre zurück. Die erste bedeutende Stelle, die von Putin an Medwedew weitergegeben wurde, war die 2005 vergebene Stelle des ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Durch diese Stelle wurde Medwedew für die Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen in Russland zuständig.

Die Zusammenarbeit zwischen dem neuen Präsidenten Medwedew und Ministerpräsidenten Putin ist auch heute noch hervorragend. Die Experten sprechen über eine „Tandemdemokratie in Russland“.

Dass es sich in Russland um keine klassische Demokratie handelt, ist spätestens durch die Betrachtung der politischen Parteien sichtbar. Die Funktion der politischen Parteien hat sich während der ersten Amtsperiode des Präsidenten Medwedew kaum verändert. Die der Regierung nahe Parteien sind immer noch die stärksten, die Rolle der Opposition ist kaum von Bedeutung und die Merkmale der richtigen Demokratien sind nicht vorhanden.

Angesprochen auf die Möglichkeit, in Zukunft, Russland in eine parlamentarische Demokratie zu verwandeln, antwortete Präsident Medwedew, dass im Fall Russlands eine parlamentarische Demokratie nicht geeignet ist und sogar eine potenzielle Katastrophe sei.¹²⁰

Die Rolle der Staatsduma bleibt auf den legislativen Bereich beschränkt. Den Parteien und der Duma mehr Macht in Zukunft zu verleihen, halten die an der Macht Befindliche für grundsätzlich falsch.

¹²⁰ Vgl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-09/medwedjew-parlamentarische-demokratie>

7. Resümee

In diesem abschließenden Kapitel möchte ich die Antworten auf meine Fragestellung noch kurz zusammenfassen und einen Überblick über die Funktionsfähigkeit der russischen politischen Parteien liefern.

1. Was sind die Ursachen für den Mangel an Funktionsfähigkeit der russischen Parteien, besonders seit Präsident Putin?

Besonders während der Präsidentschaft Putins haben die Parteien die Basis für eine Entwicklung nach westlichem Vorbild verloren. Die Prozesse der Transformation, die schon während des Präsidenten Gorbatschow angefangen haben, sind von seinem Nachfolger Boris Jelzin in eine demokratische Richtung weitergebracht worden. Nach dem Rücktritt von Präsident Jelzin hat das politische System wieder große Veränderungen durchgemacht, jedoch in eine weniger demokratische Richtung. Das Erschaffen der „Parteien der Macht“, die besonders unter Präsidenten Putin stattgefunden hat, und die Stärkung der zentralen Macht, hatten große Folgen für das Parteiensystem in Russland.

Die Entwicklung von Parteien mit starkem Einfluss und Unterstützung der Regierung hat dem Parteienwettbewerb in Russland großen Schaden zugefügt.

Die im Jahr 2005 durchgeführte Änderung des Parteien- und Wahlgesetzes hat die Parteien durch eine enge Verbindung der Politiker zu ihnen kurzfristig stärker gemacht. Langfristig jedoch, mit der Erhöhung der Sperrhürde von 5% auf 7% und dem Verbot der Bildung von Wahlblöcken hat sich die Zahl der politischen Parteien drastisch verringert.

Kleine Parteien, die durch die Gewinne der Stimmen durch die Bildung der Wahlblöcke profitiert haben, hatten keine Möglichkeit, in die Staatsduma reinzukommen. Auch die Veränderung der Bedingungen für politische Organisationen, die als Parteien anerkannt werden wollten, um somit zu Wahlen

antreten zu können, hat mit der Erhöhung von Mitgliederzahlen von 10.000 auf das Fünffache davon, also 50.000, alle kleineren Parteien eliminiert.

Die Bedingungen, die neu geschaffen worden sind, waren die Folge des Nachgehens bestimmter politischer Ziele.

Die Parteien die am meisten davon profitiert haben, waren natürlich die „Parteien der Macht“, die als Werkzeuge der Machterhaltung des Präsidenten dienten.

Präsident Putin hat die Entwicklung des Parteiensystems am stärksten von allen drei Präsidenten in eine völlig andere Richtung gelenkt und somit die Idee eines Parteiensystems nach westlichem Vorbild in Russland wesentlich erschwert.

2. Sind russische politische Parteien real in dem Sinne, dass auch ihre zugeschriebenen Funktionen innerhalb des politischen Systems erfüllt sein können?

Russische politische Parteien sind keine realen Parteien, da die meisten von Ihnen als Regierungsprojekte ins Leben gerufen sind und ihre Ideologien ausschließlich der Machterhaltung des Präsidenten Putin dienen.

Viele „Parteien der Macht“ sind mit dem Ziel geschaffen worden, die Stimmen der gegnerischen Wähler zu gewinnen, um somit die Macht der Regierung zu stärken.

Die Schaffung der politischen Parteien sollte hauptsächlich eine Antwort auf den Willen der Bevölkerung und nicht der Regierung sein. Die Parteien, die sich der Regierung gegenüber verantwortlich fühlen und deshalb keine eigenen Ziele verfolgen, sind keine realen Parteien.

Die Manipulation der Wahlen in Russland bietet auch keine gute Voraussetzung für die Entwicklung der Parteien.

Um ihre Funktionen erfüllen zu können und das Volk dadurch in der Regierung repräsentieren zu können, brauchen die Parteien gleiche Chancen, demokratische Wahlen und eine Möglichkeit an die politische Spitze zu gelangen. Diese

Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um allen Parteien eine gleiche Chance bieten zu können und somit über reale politische Parteien sprechen zu können.

3. Existiert eine Opposition in Russland?

Die Antwort auf diese Frage kann eine zweifache sein. In Russland existiert theoretisch eine Opposition, die aber nicht im Stande ist, ihre politischen Ziele umzusetzen und zur Macht zu gelangen.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation wurde seitens der Bevölkerung sowie seitens der Experten als eine (wenn nicht die einzige) oppositionelle Partei identifiziert.

Da in Russland kein politischer Wettbewerb stattfindet und die „Parteien der Macht“ in der Überzahl sind, haben die oppositionellen Parteien gar keine Chance sich durchzusetzen.

Eine Politik, die keine Hürden zu überwinden hat und keine Gegner auf der politischen Szene hat, ist keine demokratische Politik.

Ob eine Opposition in Russland überhaupt existieren sollte, hängt stark von Typ des politischen Systems ab. Im Fall einer Demokratie ist ein Parteiensystem ohne richtige Opposition undenkbar. Im Fall der autoritären Regime ist eine Opposition auszuschließen. Zu welchem Systemtyp Russland gehört, in welcher Richtung und wohin ihre zukünftige Entwicklung gehen wird, sind sich die Experten nicht einig.

Bedingt durch zukünftige Entwicklungen, werden sich die Antworten auf meine Fragestellung ändern. Bis dahin kann man aber mit großer Sicherheit behaupten, dass im Fall Russland die Funktionsweise der politischen Parteien, die wir aus den westlichen Demokratien kennen, nicht zu erwarten ist.

8. Literatur

Agh, Attila (1996): From nomenklatura to clientura. The emergence of new political elites in east- central Europe. In: Pridham, Geoffrey/ Lewis, Paul (Hg.): Stabilising Fragile Democracies. Comparing new Party Systems in Southern and Eastern Europe, London, S. 44-68

Ash, Timothy Garton (1993): In Europe's Name: Germany and the Divided Continent. Johnatan Cape Verlag, London.

Bahry, Donna (2005): The New Federalism and the Paradoxes of Regional Sovereignty in Russia. In: Comparative Politics 37, Nr. 2 January, S. 46-127

Bartolini, Stefano/Mair, Peter (2001): Challenges to contemporary political parties. In: Diamond, Larry/ Gunther, Richard (Hg.): Political Parties and Democracies. Baltimore, S. 327-343

Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt am Main

Beyme, Klaus von (2001): Politische Theorien in Russland: 1789-1945. 1. Auflage Dezember 2001. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden

Boxer, Vladimir/Hale, Henry E. (2000): Putin's Anti-Campaign Campaign: presidential Election Tactics in Today's Russia. AAASS NewsNet 40, No. 3 (May), S. 9-10

Breslauer W., George (2002): Gorbatschow and Yeltsin as Leaders. Cambridge University Press

Brown, Archie (2001): Transformational Leaders Compared: Mikhail Gorbatschow and Boris Yeltsin. In: Brown, Archie/Shevtsova, Lilia (2001): Gorbatschow, Yeltsin

and Putin. Political Leadership in Russia's Transition. Carnegie Endowment for International Peace, Washington, D.C., S. 11-45

Brown, Archie/ Shevtsova, Lilia (2001): Gorbatschow, Yeltsin, and Putin. Political Leadership in Russia's Transition. Carnegie Endowment for International Peace. Washington, D.C.

Buhbe, Mattes/Denisow, Maja (2005): Entwicklungsperspektiven des russischen Parteiensystems. In: Russlandanalysen Nr. 73, 23.09.2005

Colton, Timothy J. (1995): Boris Yeltsin, Russia's All Thumbs Democrat. In: Colton, Timothy J./Tucker, Robert C. (Hg.): Patterns in Post-Soviet Leadership. Boulder Verlag. S. 49-75

Coulloudon, Virginie (2000): The Divided Russian Elite: How Russia's Transition Produced a Conter-Elite. In: Sperling, Valerie (Hg.): Building the Russian State. Boulder, Westview Press, S. 67-87

Duverger, Maurice (1954): Political parties. Their Organisation and activity in the modern state, N.Y.

English, Robert E. (2000): Russia and the Idea of the West. Columbia University Press, New York.

Gel'man, Vladimir (2007): The Transformation of Russia's Party System. In: Russian Analytical Digest Nr. 19, 17 April 2007

Ge'lman, Vladimir (2007): Political Trends in the Regions on the Eve of the State Duma Elections. In: Russian Analytical Digest, Nr. 31, 27.11.2007

Glass, Martina (2003): Profile der fünf wichtigsten russischen Parteien. In: Russland Analysen, Nr. 4/03, 07.11.2003.

Golosov, Grigorii V. (2005): Die Novellierung von Partei- und Wahlgesetz und ihren Folgen für das russische Parteiensystem. In: Russland Analysen Nr. 53, 28.01.2005

Hale, Henry E. (2006): Why Not Parties in Russia? Democracy, Federalism, and the State. Cambridge University Press

Hale, Henry E. (2007): The Upcoming 2007 Duma Elections and Russia's Party System. In: Russian analytical digest, Nr. 31, 27.11.2007

Harfst, Philipp (2001): Regierungsstabilität in Osteuropa. Der Einfluss von Parlamenten und Parteien (<http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2001/iii01-204.pdf>)

Hough, Jerry (1997): Democratization and Revolution in the USSR 1985-1991. Brookings Institution, Washington, D.C.

Hough, Jerry F. (2001): The Logic of Economic Reform in Russia. Washington, DC.

Huntington, Samuel P. (1968): Political Order in Changing Societies. Yale University Press, CT: New Haven.

Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. Norman Verlag.

Huskey, Eugene (2001): Political Leadership and the Center-Periphery Struggle: Putin's Administrative Reforms. In: Brown, Achie/Shevtsova, Lilia (2001): Gorbatschow, Yeltsin and Putin. Political Leadership in Russia's Transition. Carnegie Endowment for International Peace, Washington, D.C., S. 113-143

Kagarlitsky, Boris (2002): *Russia Under Yeltsin and Putin: Neo-liberal Autocracy*. Pluto Press, London

Kesselmann, Mark/Krieger, Joseph/Joseph, William A. (2010): *Introduction to Comparative Politics: Political Changes and Changing Agendas*. Fifth Edition, Wadsworth, Cengage Learning

Klingelmann, Hans-Dieter (1994): *Die Entstehung wettbewerbsorientierter Parteiensysteme in Osteuropa*. In: Zapf, Wolfgang/ Diekes, Meinolf (Hg.): *Institutionenvergleich und Institutionendynamik*. Berlin, S. 13-38

Krastew, Ivan (2006): *Democracy's "Doubles"*. In: *Journal of Democracy*, Nr. 2 April 2006

Kulik, Anatoly (2005): *Introduction. The Multidimensionality of the Context of Post-Soviet Transformation*. In: Kulik, Anatoly/Pshizova, Susanna (Hg.): *Party Politics in post-Soviet Europe and the Baltics*. Westport, S. 1-10

Kumar, Krishna (2004): *International Political Party Assistance. An Overview and Analysis*

Kunov, Andrei/Myagkov, Mikhail/Sitnikov, Aleksei/Shakin, Dimitry (2005): *Putin's 'Party of Power' and the Declining Power of Parties in Russia*. The Foreign Policy Centre, April 2005

Körner, Klaus (2003): *Die rote Gefahr. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000*. Konkret Literatur Verlag: Hamburg

Lawson, Kay (1980): *Political Parties and Linkage. A Comparative Perspective*, New Haven, S. 3-24

Luchterhand, Otto (1992): Die Einführung des Präsidialsystems in der UdSSR und in Russland. In: Jahrbuch für Politik. Halbband 2, S. 273-318

March, Luke (2002): The Communist Party in Post-Soviet Russia. Manchester University Press, Manchester

Merkel, Wolfgang/ Busch Andreas (1999): Demokratie in Ost und West. Suhrkamp, Frankfurt am Main

Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag

Michaleva, Galina (2007): Politische Opposition. In: Russland Analysen, Nr. 145/07, 19.10. 2007

Mommsen, Margareta/ Schröder, Hans Henning (1987): Gorbatschows Revolution von oben. Dynamik und Widerstände im Reformprozess der UdSSR. Frankfurt am Main

Mommsen, Margareta (1996): Wohin treibt Russland? Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie. München.

Mommsen, Margareta (2003): Wer herrscht in Russland? Der Kreml und die Schatten der Macht. Verlag C.H. Beck, oHG, München

Mommsen, Margareta (2010): Das politische System Russlands. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. VS Verlag

Mommsen, Margareta/ Nußberger, Angelika (2007): Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland. Verlag C.H. Beck, oHG, München

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf/ Schüttemeyer, Suzanne S. (Hg): Lexikon der Politik. Bd. 7, Politische Begriffe, München

Norris, Pippa (2004): Building political parties. Reforming legal regulations and internal rules.
http://www.idea.int/parties/upload/pippa%20norris%20ready%20for%20web%20_3.pdf

North, Douglass C. (1990): Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge University Press, New York.

Nußberger, Angelika/ Marenko, Dmitriy: Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: Zu den neuen rechtlichen Grundlagen der Duma-Wahlen im Dezember 2007, Russland Analysen, Nr. 146/07, 26.10.2007.

Nußberger, Angelika/Mernkow, Dimitry (2007): Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: Zu den neuen rechtlichen Grundlagen der Duma-Wahlen im Dezember 2007. In: Russlandanalysen Nr. 146, 26.10.2007

Orttung, W. Robert (2010): Understanding Recent Developments in Russia's Political System. In: Russian analytical digest, Nr. 77/10, 26. April 2010.

Petrov, Nikolai/Lipman, Masha/ Hale, Henry (2010): Overmanaged Democracy in Russia: Governance Implications of Hybrid Regimes. In: Carnegie Papers, Number 106, February 2010

Reddaway, Peter/ Glinski, Dimitri (2001): The Tragedy of Russia's Reforms. U.S. Institute of Peace, Washington DC

Remington, Thomas F. (2001). *The Russian Parliament: The Evolution of Institutions in a Transitional Regime, 1989-1999*. New Haven, CT: Yale University Press

Remington, Thomas F. (2001): *The Russian Parliament: Institutional Evolution in a Transnational Regime*. Yale University Press, CT: New Heaven

Saalfeld, Thomas (2007): *Parteien und Wahlen*. Nomos Verlag. Baden-Baden

Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge

Schattschneider, E. E. (1942): *Party Government*, New York

Schröder, Henning (2010): *Is there Movement in Russian Politics?* In: *Russian analytical digest*, Nr. 77/10, 26. April 2010.

Schröder, Hans-Henning (2003): *Vorspiel zur Präsidentenwahl: die Wahlen zur Staatsduma*. In *Russlandanalysen* Nr. 9, 12.12.2003

Segert, Dieter/ Machos, Csilla (1995): *Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure*. Opladen

Shleifer, Andrei/ Treisman, Daniel (2000): *Without a Map*. Cambridge, MA: MIT.

Solnick, Steven L. (1998): *Stealing the State: Control and Collapse in Soviet Institutions*. Harvard University Press

Stykov, Petra (2006): *„Einiges Russland“: Die „Partei der Macht“ als Staatspartei?* In: *Russland Analysen*, Nr. 115, 27.10.2006

Styckow, Petra (2007): Russland vor der Wahl? Die Neuordnung des Parteiensystems. In: Russlandanalysen Nr. 127, 23.02.2007

Weber, Max (1966): Staatssoziologie. Soziologie der rationalen Staatsanstaalt und der modernen politischen Parteien und Parlamente, Berlin

Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen

Wiest, Margarete (2003): Russlands schwacher Föderalismus und Parlamentarismus. Der Föderationsrat. Münster, Hamburg, London, 2003.

Wiest, Margarete (2004): Die neue Staatsduma. Das Taschenparlament des Präsidenten. In: Russlandanalysen Nr. 13, 30.1. 2004

Wilson, Andrew (2007): Hat Russland eine Opposition? In: Russland Analysen, Nr.145/07, 19.10.2007.

Woodruff, David (1999): Money Unmade. Ithaca, NY: Cornell University Press

Ziemer, Klaus (1997): Politische Parteien. Osteuropa. In: Nohlen, D./Waldmann, P./Ziemer, K. (Hg.): Lexikon der Politik. Bd. 4.Die östlichen und südlichen Länder. München, S. 444-449

Ziemer, Klaus (2000): Die Neuorganisation der politischen Gesellschaft. Staatliche Institutionen und intermediäre Instanzen in postkommunistischen Staaten Europas. Berlin, S. 77-100

Nützliche Internetressourcen:

- Russland Analyse

<http://www.laender-analysen.de/index.php?topic=russland&url=../russland/home.html>

- Journal der Demokratie

<http://www.opendemocracy.net/>

- Russian Analytical Digest

<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?lng=en&id=17933>

- Russisches Parlament Staatsduma

<http://www.duma.ru/>

- Jabloko

<http://www.yabloko.ru/>

- Einiges Russland

<http://www.er.ru/>

- Liberaldemokratische Partei Russlands

<http://www.ldpr.ru/#>

- Gerechtes Russland

<http://www.spravedlivo.ru/>

- Union der rechten Kräfte

<http://www.sps.ru/>

- Kommunistische Partei der Russischen Föderation

<http://kprf.ru/>

- Aktuelle Politik

www.russland.ru

www.parties-and-elections.de

www.carnegieendowment.org/publications

Abstract

Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben politische Veränderungen in Russland auf eine demokratische Entwicklung nach einem westlichen Vorbild gedeutet. Nach dem Untergang des Kommunismus und mit der Präsidentschaft Gorbatschows wurden zahlreiche Reformen in Russland durchgeführt. Es kam zu Pluralisierung der russischen Parteiensystems und ökonomischen Reformen. Das ganze Land ist in eine neue Ära eingetreten.

Die Wissenschaftler beschäftigten sich mit der Frage in welcher Richtung junger Staat Russland gehen wird. Wird Russland einen demokratischen Weg einschlagen? Ist eine „westliche Demokratie“ in Russland möglich? Um diese Frage beantworten zu können, haben sich die Wissenschaftler erstens mit der Frage des russischen Parteiensystems beschäftigt.

Genau dieser Aspekt der russischen Politik ist auch das Thema der vorliegenden Diplomarbeit.

Es geht vor allem um die Frage der Funktionsfähigkeit der russischen politischen Parteien, um ihre Entwicklung nach dem Untergang des Kommunismus und dem Zerfall der Sowjetunion, wie auch um die verschiedenen Entwicklungsphasen des Parteiensystems während der Präsidentschaft Gorbatschows, Jelzins und Putins.

Wie sich das Parteiensystem Russlands in den letzten zwanzig Jahren veränderte, welche möglichen Ursachen diese Veränderungen hatten und wie viel Einfluss die Parteien auf die heutige russische Politik haben, sind nur manche der Fragen die ich in Rahmen dieser Diplomarbeit zu antworten versuchen möchte.

Die Arbeit beinhaltet Grafiken und Tabellen die als bildliche Darstellungen zahlreichen Meinungsforschungsumfragen dienen.

Lebenslauf

Bojana Ninkovic

Persönliche Daten

Geburtsdatum	14. 04. 1985
Geburtsort	Vukovar, Kroatien

Ausbildung

Grundschule	1992-1996
Hauptschule	1996-2000
Medizinische Schule (Maturaabschluss)	2000-2004
Vorstudienlehrgang (deutsche Sprache)	2004-2005
Nostrifikation der medizinischen Schule (BFI Wien)	2005-2006
Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien	seit SS 2006

Sprachkenntnisse

Serbisch	Muttersprache
Kroatisch	Sehr gut
Bosnisch	Sehr gut
Deutsch	Sehr gut
Englisch	Sehr gut